



EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 neigt sich seinem Ende zu. Niemand, der es bewusst erlebt hat, wird es je vergessen können: Die erste globale Pandemie seit der Spanischen Grippe 1918 erschüttert die Welt. Knapp 60 Mio. Corona-Infektionen und 1,4 Mio. Covid 19-Todesfälle wurden bislang weltweit registriert. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Zwar erreichen uns mittlerweile fast täglich ermutigende Nachrichten bzgl. der Entwicklung von Impfstoffen, aber bis die Situation in allen Regionen der Welt wieder unter Kontrolle ist, dürfte noch einiges an Zeit vergehen.

Um den Menschen und der Wirtschaft unter die Arme zu greifen, hat die Kommission ein umfassendes wirtschaftspolitisches Maßnahmenpaket beschlossen, die EU-Haushaltsvorschriften möglichst flexibel angewendet, ihre Vorschriften für staatliche Beihilfen überarbeitet und Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Corona-Krise gestartet, um die europäische Wirtschaft durch die Krise zu bringen. Ende Juli konnten sich die Staats- und Regierungschefs gar zu einem beispiellosen Akt der Solidarität durchringen: Neben den 1.074 Mrd. € für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen wurde ein Wiederaufbaufonds (Next Generation EU) beschlossen, dessen Finanzvolumen von 750 Mrd. € als gemeinsame Schuld der EU aufgenommen und zu 390 Mrd. € als Kredit ausgekehrt werden soll. Nichts dergleichen wäre in normalen Zeit durchsetzbar gewesen.

Im Laufe des November 2020 wurde aber deutlich, dass Solidarität in der Krise und Zusammenhalt unter den Staats- und Regierungschefs der EU Grenzen kennt. Polen und Ungarn haben am 16. November 2020 deutlich gemacht, dass sie die weiteren Schritte des Verfahrens zu MFR/NGEU, die Einstimmigkeit voraussetzen, blockieren werden, wenn die Regelungen zum sog. Rechtsstaatlichkeitsmechanismus (der selber mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden kann) nicht verändert werden. Mit diesem Rechtsstaatlichkeitsmechanismus sollen die Staaten sanktioniert werden, bei denen systemische Verstöße gegen die für alle Mitgliedstaaten geltenden EU-Grundwerte festgestellt werden. Zu diesen Grundwerten zählen Freiheit, Demokratie, Gleichheit und die Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten. In diesen Bereichen gibt es zwar nach Darstellung der Ministerpräsidenten Orbán und Morawiecki weder in Ungarn noch in Polen irgendwelche Probleme. Trotzdem nutzen sie ihre aktuell starke Verhandlungsposition, um ein auch gegen sie gerichtetes Sanktionsregime zu verhindern. Alle Überlegungen, sich über das doppelte Veto hinwegzusetzen, dürften sich kaum umsetzen lassen. Für die Kreditaufnahme im Rahmen des NGEU ist ein Eigenmittelbeschluss erforderlich, über den der Rat einstimmig entscheiden muss und den die Mitgliedstaaten ratifizieren müssen (Art. 311 Abs. 3 AEUV). Diesen Mechanismus wird man auch im Rahmen der sog. Verstärkten Zusammenarbeit nicht umgehen können. Die sich aus der Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit ergebenden Ausgaben, so heißt es in Artikel 332 AEUV, werden von den beteiligten Mitgliedstaaten getragen, sofern der Rat nicht durch einstimmigen Beschluss sämtlicher Mitglieder etwas anderes beschließt. Nicht zuletzt muss natürlich der MFR selber von allen Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden. Alles hängt mit allem zusammen und Polen und Ungarn nutzen ihre aktuell starke Position im Verhandlungspoker. Der nächste Europäische Rat am 10. und 11. Dezember soll eine Lösung bringen.

In der Hoffnung auf ein ruhigeres Jahr 2021 wünsche ich Ihnen angenehme Feiertage im Kreise Ihrer Familie. Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße aus Brüssel,
Dr. Lars Friedrichsen

Inhaltsverzeichnis

1. Übergreifende Themen	5
MFR 2021-2027 – nach vorläufiger Einigung mit dem Parlament erneute Blockade im Rat.....	5
Umfrage: EU soll mehr Befugnisse zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erhalten	5
Sachstand Brexit –Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen.....	6
Situation der Grundrechte in der EU	6
2. Inneres	8
Ratsposition zum EU-Katastrophenschutzmechanismus	8
Rat: Terrorismus und Gemeinsames Europäisches Asylsystem auf der Tagesordnung.....	8
Terrorismusbekämpfung soll verbessert werden	8
Förderung gemeinsamer Datennutzung und europäischer Datenräume.....	9
3. Justiz, Verbraucherschutz.....	10
Kommission: Plan für den Verbraucherschutz der nächsten 5 Jahren	10
EuGH: Bank haftet für gestohlene Bankkarte auch bei kontaktlosem Bezahlen ohne PIN	10
Rat: Digitale Kommunikation zwischen Behörden wird vereinfacht	10
Rat: Standpunkt zur Richtlinie über Verbandsklagen.....	11
Aktionsplan für geistiges Eigentum	11
4. Finanzen	12
Europäisches Semester wird an die Covid-Krise angepasst	12
MFR 2021-2027 – nach vorläufiger Einigung mit dem Parlament erneute Blockade im Rat... ..	12
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Aussenwirtschaft.....	13
Corona-Krisenreaktion: Einigung über Aufbauhilfe REACT-EU.....	13
Europäischer Rechnungshof prüft Leistung des EU-Haushalts: Verbesserungsbedarf	14
Kommission: Laut Herbstprognose erzeugt Zweite Pandemie-Welle Unsicherheit.....	14
Wichtiger Schritt Richtung Auszahlung der Corona-Hilfen an Unternehmen getan.....	14
Fahrplan zur Evaluierung des Rechtsrahmens für Industrieprodukte	15
EBA gibt Hinweise zur Bekämpfung von Geldwäsche	15
Kommission: Aktionsplan für geistiges Eigentum vorgelegt.....	15
Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen	15
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland - Berufsanerkennungsrichtlinie	16
Konsultation zur Richtlinie für Mindestlöhne	16
Digitaler und grüner Wandel: Kommission skizziert Vision für künftige EU-Verbraucherpolitik	16
Kommission präsentiert Vorschläge zur Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion....	16
Europäische Union gibt mehr Geld für die globale Impfstoff-Plattform COVAX	16
Gesetzesvorschlag für europäischen Gesundheitsdatenraum kommt 2021	16
Covid-19-Impfstoffe	17
Kommission: Schärfere Grenzwerte für Chemikalien in Kleidung, Textilien, Schuhen	17
EU für Stärkung der Weltgesundheitsorganisation	17
Kommission: Arzneimittelstrategie für Europa vorgelegt.....	17
EuRH prüft Unterstützung für Tourismus	17
EU führt Gegenmaßnahmen auf US-Ausfuhren ein.....	18
4. Jahresbericht zeigt Vorteile der EU-Handelsabkommen	18
EU startet Beschwerdesystem für Verstöße gegen EU-Handelsabkommen.....	18
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt.....	19
Digitaler und grüner Wandel: Kommission skizziert Vision für künftige EU-Verbraucherpolitik	19
Fahrplan zum Schutz biologischer Vielfalt	19
Fahrplan zur Aktualisierung der EU-Bodenschutzstrategie	19
FFH-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland	19
Wiederaufbauhilfen für Landwirte.....	20
Eingung zur Übergangsverordnung zur Gemeinsamen Agrarpolitik	20
Vize-Kommissionspräsident Timmermans droht mit Rückzug der GAP-Vorschläge.....	21
Elf Klima- und Umweltprojekte in Deutschland über LIFE gefördert	21
Konsultation zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)	21
Konsultationen über den Weg zur Klimaneutralität bis 2050	22
Luftqualität in der EU	22

Meeresumwelt: EU-Schutz ist weit gefasst, aber nicht tiefgreifend	22
7. Bildung, Wissenschaft, Kultur.....	23
Startschuss für den Kompetenzpakt.....	23
EU Bildungsmonitor veröffentlicht	23
Excellence Awards 2020 für berufliche Aus- und Weiterbildung.....	23
Europäischer Forschungsrat vergibt Synergy Grants	24
Forschungsprojekte im Gesundheitsbereich zur Coronavirus-Pandemie	24
84,9 Mrd. € für Horizont Europa und 23,4 Mrd € für Erasmus+	24
8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung.....	25
Nordic Breakfast zum Thema Offshore mit Energieminister Pegel und MdEP Nienaß	25
Green Deal: Kommission legt Strategie für erneuerbare Offshore-Energie vor.....	25
Konsultation: Überarbeitung der ITS-Richtlinie	26
Konsultation zu Richtlinien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz	27
Kommission konsultiert Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen	27
Konferenz zu nachhaltiger und digitaler Binnenschifffahrt	27
Nutzung von Daten auf der Basis europäischer Werte	27
9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport.....	29
Bewerbung für den Europäischen Jugendkarlspreis 2021	29
Europäischer Tag der Lohngleichheit.....	29
Kommission legt LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 vor	29
Parlamentarischer Nachmittag zur Geschlechtergleichstellung in Europa	29
Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter.....	30
Kommissarin wirbt für Sport-Förderinstrumente.....	30
10. Medien.....	31
3. Bericht zu Desinformation über COVID-19	31
11. Ausschuss der Regionen	32
Agenda für den ländlichen Raum nach der COVID-Krise	32
Weitere AdR-Nachrichten.....	32
12. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	33
Themenblätter zur Ostseekooperation	33
13. Laufende Konsultationen	34
14. Termine	36
Ansprechpartner	38

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

MFR 2021-2027 – nach vorläufiger Einigung mit dem Parlament erneute Blockade im Rat

Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union hatten sich am 10. November 2020 auf einen vorläufigen Kompromiss zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) und zum EU-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ geeinigt. Nach der Einigung zwischen den Mitgliedstaaten vom 21. Juli 2020 konnte damit eine weitere wichtige Hürde genommen werden, damit die neuen EU-Förderprogramme nächstes Jahr starten können.

Die Einigung sieht vor, dass die EU-Ausgabenprogramme erneut um 16 Mrd. € gesteigert werden (das Parlament hatte ursprünglich eine Erhöhung von 113 Mrd. € gefordert). Damit sollen Programme wie EU4Health, Erasmus und das Forschungsrahmenprogramm Horizon verstärkt werden. Gespeist werden sollen diese Programme vorrangig aus höheren Einnahmen bei den Wettbewerbsstrafen, die die EU erzielt. Nun muss die Einigung zum MFR (1074 Mrd. €) und zum Wiederaufbaufonds (750 Mrd. €) durch das Plenum des Parlament und besonders durch die Staats- und Regierungschef bestätigt werden. Knackpunkt für diese Verhandlungen ist auch der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, welcher Mittelkürzungen für Mitgliedsstaaten vorsieht, die den Rechtsstaat aushöhlen. Hier haben Polen und Ungarn am 16. November 2020 ein Veto angekündigt. Eine [Videokonferenz](#) der Staats- und Regierungschefs am 19. November 2020 blieb in diesem Punkt ebenfalls ergebnislos.

Nun ist guter Rat teuer, denn die Fronten sind verhärtet. U.a. wird nun geprüft, ob die Ausgabenprogramme des MFR auch als Einzelhaushalte pro Mitgliedsstaat verabschiedet werden können, damit die von Covid am stärksten betroffenen Länder, wie Italien und Spanien schnell von der Wiederaufbaufonds profitieren können.

Denkbar wäre es, den Corona-Wiederaufbaufonds NGEU ohne Polen und Ungarn im Rahmen einer sogenannten „Verstärkten Zusammenarbeit“ fortzusetzen. Die beiden Länder würden dann kein Geld aus dem Fonds erhalten. Die Entscheidungen würden dann nur mit 25 Mitgliedstaaten getroffen, was eine Blockade unmöglich machen würde. Es ist aber fraglich, ob Ungarn und Polen in diesem Fall der Erhöhung der Eigenmittelobergrenze zustimmen würden, die die Voraussetzung für den Corona-Wiederaufbaufonds ist. Der nächste MFR muss aber auf jeden Fall von allen Mitgliedstaaten abgesegnet werden, für diesen stehen Alternativen nicht zur Verfügung.

[Pressemitteilung des Rates](#) vom 10. November 2020

[Pressemitteilung des Rates](#) vom 19. November 2020

[Europa-Informationen Aktuell zum Rechtsstaatlichkeitsmechanismus](#)

[Wissenschaftlicher Artikel zur Frage Verstärkte Zusammenarbeit und NGEU](#)

Umfrage: EU soll mehr Befugnisse zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erhalten

Das Europäische Parlament veröffentlicht am 20. November 2020 [die vollständigen Ergebnisse seiner dritten Umfrage](#) zur Meinung der EU-Bürger zur Coronakrise und ihrer Einstellung zur Europäischen Union. Obwohl die Hälfte der Europäer vor allem "Unsicherheit" (EU 50%, DE 40%) empfinden angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, hatten im Oktober mehr Menschen ein positives Bild der EU als noch im Frühjahr. Eine wachsende Zahl von EU-Bürger blickt unsicher auf die die eigene Zukunft. Zwei Drittel der Befragten (EU 66%, DE 61%) stimmten zu, dass die EU mehr Kompetenzen zur Bewältigung der Pandemie haben sollte. Eine knappe Mehrheit der Befragten (EU 54%, DE 48%) ist der Meinung, dass die EU über größere finanzielle Mittel verfügen sollte, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen.

Für die EU-Bürger ist es jedoch von größter Bedeutung, dass die EU-Mittel nur in Mitgliedstaaten fließen, die über ein funktionierendes Rechtssystem verfügen und die europäischen demokratischen Werte achten. Mehr als drei Viertel der Befragten (EU 77%, DE 79%) stimmten dem zu. Priorität bei den Ausgaben sollte die öffentliche Gesundheit haben (EU 54%, DE 44%) gefolgt von Erholung der Konjunktur und neuen Möglichkeiten für Unternehmen (EU 42%, DE 34%), Klimawandel und Umweltschutz (EU 37%, DE 45%) sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EU 35%, DE 32%)

Die Bewertung der EU hat sich im Vergleich zur [ersten Umfrage im April 2020](#) verbessert. Der Anteil der Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, ist stetig gestiegen, von nur 31% im April 2020 auf 41% (DE 37% [=]) in der vorliegenden Umfrage. EU-weit gibt mehr als ein Drittel der Befragten (EU 39%, DE 29%) an, dass sich die Corona-Pandemie bereits auf ihr persönliches Einkommen ausgewirkt hat.

Weitere 27% (DE 21%) sagen, dass sie finanzielle Einbußen in der Zukunft erwarten. Junge Menschen und Familien mit Kindern scheinen von der Krise am schlimmsten betroffen zu sein: 64% der EU-Bürger zwischen 16 und 34 Jahren sind in irgendeiner Form in finanzielle Schwierigkeiten geraten, 27% (DE 18%) der EU-weit Befragten mit Kindern haben ihre persönlichen Ersparnisse früher als geplant verwendet. In fünf Mitgliedstaaten gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, dass sich die Pandemie bereits auf ihr persönliches Einkommen ausgewirkt hat: Zypern, Griechenland, Spanien, Rumänien und Bulgarien.

[Vollständige Umfrageergebnisse \(Engl.\)](#)

Sachstand Brexit –Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen

Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen den 27 verbliebenen Mitgliedstaaten der EU und dem Vereinigten Königreich sind auch im November 2020 noch nicht zu einem Abschluss gekommen. Vielfach wurde davon geschrieben, dass sich die Verhandlungsparteien mittlerweile in „einem Tunnel“ befänden, also in der intensivsten letzten Phase der Gespräche in der die wichtigen Entscheidungen herbeigeführt werden können, u.a. weil der Druck auf die Vertragsparteien wächst.

Gleichzeitig wurden die Verhandlungen aber durch positive Corona-Test erschwert und teilweise wieder auf Videoformate zurückgeführt, die erfahrungsgemäß intensive Verhandlungen nicht begünstigen. Diskutiert wird derzeit, dass eine außerordentliche Sitzung des Europäischen Parlaments zwischen Weihnachten und Neujahr erforderlich sein könnte, um den Prozess noch zu einem formellen Ende zu bringen. Das Ratssekretariat macht sich außerdem Sorgen darüber, wie ein Freihandelsabkommen noch in alle 24 Amtssprachen der EU übersetzt werden könnte innerhalb der wenigen Tage, die hierfür im Monat Dezember 2020 noch zur Verfügung stehen.

Mecklenburg-Vorpommern ist durch das EU Grundsatzreferat des Innen-und Europaministeriums sowohl auf Bundesebene in der laufend tagenden der Bund-Länder Arbeitsgruppe Brexit als auch auf Landesebene in ressortübergreifenden Runden zur Vorbereitung des Endes der Übergangszeitraumes tätig. Die letzte ressortübergreifende Besprechung auf Landesebene am 13. Oktober 2020 hat, auch aufgrund des gültigen Austrittsabkommen, keinen weiteren gesetzgeberischen Bedarf ergeben. Nur organisatorische Maßnahmen der jeweiligen Fachressorts aufgrund höheren Kontrollaufkommens werden vorbereitet. Das deckt sich auch mit den Erkenntnissen der Bund-Länder AG.

Einzige Ausnahme ist die Besonderheit, dass Mecklenburg-Vorpommern von zu erwartenden Einschnitten bei der Fischerei in britischen Hoheitsgewässern direkt betroffen ist. Das Fischverarbeitungswerk in Sassnitz ist durch die eigene Hochseeflotte zu ca. 60 % mit britischem Hering ausgelastet.

[Informationsseite der Kommission](#)

[Keep Business Moving – Informationsseite der britischen Regierung zum Handel nach Brexit](#)

[Europa MV Seite zum Brexit](#)

Situation der Grundrechte in der EU

Am 25. November 2020 verabschiedete das Parlament seinen Bericht für 2018-2019 über die Lage der Grundrechte in der EU, in dem zahlreiche Problembereiche aufgezeigt werden.

Die Abgeordneten verurteilen mit Nachdruck die Bemühungen in einigen Mitgliedsstaaten, die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz zu schwächen und bekräftigen die dringende Notwendigkeit eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte. Sie weisen auf Angriffe auf die Freiheit, Unabhängigkeit und den Pluralismus der Medien hin und heben die demokratische Rolle von Journalist(inn)en und Hinweisgeber(inn)en („Whistle-Blower“) hervor.

Sie fordern die Mitgliedsstaaten auch auf, von der Verabschiedung von Gesetzen abzusehen, die die Versammlungsfreiheit einschränken, und unverhältnismäßige und gewaltsame Eingriffe der Strafverfolgungsbehörden zu beenden.

Schutzbedürftige Gruppen (insbesondere Frauen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Kinder, Migranten, Roma, Fahrende und LGBTI+ Menschen) seien unverhältnismäßig stark von den Kürzungen der Staatsausgaben betroffen, so die Abgeordneten, und fordern eine Politik, die die menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte berücksichtigt.

Sie machen auch auf die Bedeutung eines gerechten ökologischen Übergangs, auf den Schutz junger Menschen, die aus dem Wohnungsmarkt gedrängt werden, und auf Kinder in Armut aufmerksam.

Der Bericht verurteilt den „organisierten Rückschlag“ gegen die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, und betont das Recht auf moderne Verhütungsmethoden und des sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruchs.

Er verurteilt auch nachdrücklich die alarmierende Rate von Frauenmorden in der EU und die Segregation von Roma-Frauen in der Gesundheitsversorgung von Müttern und fordert ein sofortiges Verbot dieser diskriminierenden Praxis sowie Rechtsbehelfe für die Opfer von Zwangssterilisationen.

Die Abgeordneten warnen davor, dass sich Hetze und verschiedene Formen des Rassismus normalisieren, nicht nur von Extremisten, sondern auch von bestimmten Regierungsvertretern oder politischen Führern, und fordern ein wirksames Verbot neofaschistischer und neonazistischer Gruppierungen.

Sie verurteilen auch alle Angriffe auf Christen und fordern ihre Gleichbehandlung in Europa und weltweit nach Angriffen auf christliche Gotteshäuser. Der Bericht wurde mit 330 Ja-Stimmen bei 298 Nein-Stimmen und 65 Enthaltungen angenommen.

Ratsposition zum EU-Katastrophenschutzmechanismus

Der Rat hat am 30. November 2020 sein Verhandlungsmandat für den EU-Katastrophenschutzmechanismus angenommen. Der Rat hat dabei u.a. die Rechte der Kommission in Art. 12 (Rescue) im Verhältnis zum Vorschlag der Kommission etwas abgeschwächt.

Die vorgeschlagenen Regeln würden es der Kommission ermöglichen, Lücken im Bereich Verkehr und Logistik zu schließen und in dringenden Fällen bestimmte zusätzliche Rettungskapazitäten direkt zu beschaffen.

Im Oktober hatte der Rat schon eine partielle Einigung zum finanziellen Teil des Vorschlages getroffen. Im weiteren Verfahren müssen sich das Europäische Parlament und der Rat auf eine Position einigen.

[Pressemitteilung](#)

Rat: Terrorismus und Gemeinsames Europäisches Asylsystem auf der Tagesordnung

Am 13. November 2020 fand eine Videokonferenz der Innenministerinnen und Innenminister statt. Das ursprünglich einzige Thema war das Gemeinsame Europäische Asylsystem. Aufgrund der Terroranschläge in Frankreich und Österreich wurde aber auch eine [Gemeinsame Erklärung](#) verabschiedet. Darin wurde jede Form des Extremismus verurteilt. Bei den geplanten Maßnahmen soll sowohl die Prävention als auch die Struktur der Sicherheitsbehörden gestärkt werden. Ein Ziel müsse sein, zu kontrollieren, wer in die EU gelange.

Auch die Online-Radikalisierung soll stärker bekämpft werden, u.a. indem die rechtlichen Grundlagen zu einer schnellen Löschung schnell verabschiedet werden. Ein weiteres Treffen der Innenministerinnen und Innenminister ist im Dezember geplant. Hier soll es u.a. nochmals um die Europäische Polizeipartnerschaft gehen.

Beim zweiten Thema fand ein Austausch zum neuen Vorschlag über das Europäische Asylsystem auf Grundlage eines Positionspapieres der deutschen Ratspräsidentschaft statt. Die Positionen der Mitgliedstaaten gehen dabei weiter weit auseinander, insbesondere beim Thema der gemeinsamen Solidarität und der Grenzverfahren.

Beim Solidaritätsmechanismus sollen die Mitgliedstaaten sich untereinander unterstützen, wenn besondere Belastungen einen einzelnen Mitgliedstaat betreffen. Die Grenzverfahren regeln besondere Asylverfahren, die direkt an der Außengrenze durchgeführt werden. Das Thema soll auch auf dem Rat im Dezember vertieft diskutiert werden.

[Pressemitteilung](#)

Terrorismusbekämpfung soll verbessert werden

Die Kommission hat am 11. November 2020 eine neue Schengen-Strategie angekündigt, welche die Kommission im Mai 2021 vorlegen will. Auslöser waren die jüngsten Attentate in Frankreich und Österreich. Daneben will die Kommission am 9. Dezember 2020 eine neue europäische Agenda zur Terrorismusbekämpfung vorlegen. Zur Prävention vor Radikalisierung plant die Kommission einen Europäischen Aktionsplan für Integration und Inklusion.

Die Kommission will dazu die Arbeit des Europäischen Netzwerkes gegen Radikalisierung weiter vorantreiben. Der Gesetzesvorschlag zur Verhinderung terroristischer Online-Inhalte, der sich im Trilog befindet, soll aus Sicht der Kommission vor allen Dingen die Geschwindigkeit des Löschens von terroristischen Inhalte in den Mittelpunkt stellen.

Der erwartete Digital Services Act soll großen Internetplattformen in dem Moment, wo sie einen Hinweis auf illegale oder schädliche Inhalte erhalten, eine sofortige Lösungsverpflichtung auferlegen. Weiterhin sollen EURODAC angepasst und die Zuständigkeiten von Europol erweitert werden. Durch diese Maßnahmen soll das grenzüberschreitende, europäische Handeln verbessert werden.

[Pressemitteilung](#)

Förderung gemeinsamer Datennutzung und europäischer Datenräume

Die Kommission hat am 25. November 2020 [neue Vorschriften](#) für die Daten-Governance vorgeschlagen, damit in einem vertrauenswürdigen europäischen Rahmen das Potenzial der ständig wachsenden Datenbestände besser ausgeschöpft werden kann.

Die Verordnung wird den unionsweiten Datenaustausch, aber auch den Datenaustausch zwischen den Sektoren erleichtern und so den gesellschaftlichen Wohlstand mehr, sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Unternehmen mehr Kontrolle über ihre Daten geben und deren Vertrauen stärken und als Alternative zur Praxis der großen Technologieplattformen ein alternatives europäisches Modell für den Umgang mit Daten bieten.

Die von öffentlichen Stellen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern erzeugten Datenmengen nehmen ständig zu. Zwischen 2018 und 2025 wird mit einem Anstieg um das Fünffache gerechnet. Diese neuen Vorschriften werden die Möglichkeit eröffnen, die Daten zu nutzen, und den Weg für sektorale europäische Datenräume ebnen, die der Gesellschaft, den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen zugutekommen.

In ihrer [Datenstrategie](#) vom Februar dieses Jahres hat die Kommission neun solcher Datenräume vorgeschlagen, die von Themen wie Fertigung, Energie und Gesundheit bis zum europäischen Green Deal reichen. Sie werden beispielsweise den ökologischen Wandel unterstützen – durch eine bessere Steuerung des Energieverbrauchs, die Verwirklichung einer personalisierten Medizin und den leichteren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Die Verordnung umfasst Folgendes:

- Eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in die gemeinsame Nutzung von Daten, da fehlendes Vertrauen derzeit ein großes Hindernis darstellt und hohe Kosten verursacht.
- Die Schaffung neuer EU-Vorschriften zur Neutralität, die die neuartige Funktion von Datenmittlern als vertrauenswürdige Organisatoren der gemeinsamen Datennutzung vorsehen.
- Maßnahmen zur Erleichterung der Weiterverwendung bestimmter im Besitz des öffentlichen Sektors befindlicher Daten. So könnte beispielsweise die Weiterverwendung von medizinischen Daten die Erforschung von Heilmitteln für seltene oder chronische Krankheiten voranbringen.
- Mittel und Wege, mit denen Europäerinnen und Europäer die Kontrolle über die Nutzung der von ihnen erzeugten Daten erlangen. Diese Erleichterungen und die größere Sicherheit erhöhen die Bereitschaft von Unternehmen und Einzelpersonen, unter klaren Bedingungen ihre Daten für das Gemeinwohl freiwillig zur Verfügung zu stellen.

[Pressemitteilung vom 25. November 2020](#)

[FAQ](#)

[Factsheet](#)

[Datenstrategie vom 19. Februar 2020](#)

Kommission: Plan für den Verbraucherschutz der nächsten 5 Jahren

Am 13. November 2020 hat die Kommission in einer [Mitteilung](#) zur neuen Verbraucheragenda dargelegt, wie sie die Rechte der Verbraucher beim ökologischen und digitalen Wandel in den nächsten fünf Jahren stärken will. Dabei konzentriert sie sich auf fünf Schwerpunktbereiche:

1. Grüner Wandel — Im nächsten Jahr will die Kommission einen Vorschlag vorlegen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher besser über die Nachhaltigkeit von Produkten zu informieren und Praktiken wie Grünfärberei oder vorzeitige Obsoleszenz zu bekämpfen. Die Kommission wird auch Reparaturen und nachhaltigere „kreislauforientierte“ Produkte fördern.
2. Digitaler Wandel — Die Kommission will gegen Online-Geschäftspraktiken wie „Dark Patterns“ und versteckte Werbung vorgehen, die das Recht der Verbraucher auf eine fundierte Wahl missachten. Die Kommission will auch die Richtlinie zur Produktsicherheit überarbeiten. Da der Verbraucherschutz im Hinblick auf die Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkunden gestärkt werden soll, werden die Richtlinien über Verbraucherkredite und die Vermarktung von Finanzdienstleistungen überarbeitet.
3. Wirksame Durchsetzung der Verbraucherrechte — Die Kommission will die Mitgliedstaaten bei der rechtzeitigen Umsetzung und Durchsetzung des Verbraucherrechts unterstützen, unter anderem durch das Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz.
4. Besondere Bedürfnisse bestimmter Verbrauchergruppen — Die Kommission will sich mit den Anforderungen für Standards bei Babyartikeln befassen. In Bezug auf Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten, die durch die COVID-19-Krise noch verschärft werden, will die Kommission die Mittel für eine verbesserte Schuldnerberatung in den Mitgliedstaaten aufstocken. Die Kommission plant, auch Initiativen zu unterstützen, die lokale Beratung über den Zugang zu Informationen – online und offline – bieten.
5. Internationale Zusammenarbeit — Die Kommission plant, 2021 einen Aktionsplan mit China auszuarbeiten, um die Sicherheit von online verkauften Produkten zu erhöhen. Ab 2021 will sie zudem regulatorische Unterstützung, technische Hilfe und Kapazitätsaufbau für EU-Partnerregionen, auch in Afrika, entwickeln.

Darüber hinaus befasst sich die Agenda auch mit der Frage, wie der Verbraucherschutz während und nach der COVID-19-Pandemie verbessert werden können. Die Kommission plant im Dialog mit allen einschlägigen Akteuren, weiterhin gegen Online-Betrug an Verbrauchern vorzugehen. Darüber hinaus will die Kommission dafür sorgen, dass Reisende und Passagiere bei annullierten Reisen durch EU-Rechte geschützt werden.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Bank haftet für gestohlene Bankkarte auch bei kontaktlosem Bezahlen ohne PIN

In der Rechtssache C-287/1911 hat am 11. November 2020 der Gerichtshof der Europäischen Union entschieden, dass eine Bank für Schäden haftet, die durch Zahlungen mittels einer als gestohlen gemeldeten Bankkarte erfolgen. Der Fall betraf die Zahlung mittels NFC-Funktion (Nahfeldkommunikationsfunktion), welche die kontaktlose Zahlung bis zu 25 € ohne PIN ermöglicht. Die Bank hatte in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen eine solche Haftung ausgeschlossen. Dagegen hatte ein Verbraucherschutzverein geklagt. Der Gerichtshof führte in dem Urteil aus, dass ein Zahlungsdienstleister sich nicht darauf beschränken kann, zu behaupten, das betreffende Zahlungsinstrument könne nicht gesperrt oder seine weitere Nutzung nicht verhindert werden, obwohl dies nach dem objektiven Stand der Technik nicht nachweislich unmöglich ist. Im weiteren Verfahren muss das nationale Gericht in Österreich den Fall abschließend entscheiden.

[Urteil](#)

Rat: Digitale Kommunikation zwischen Behörden wird vereinfacht

Am 4. November 2020 hat der Rat zwei neu gefasste Verordnungen angenommen – eine zur Beweisaufnahme und eine zur Zustellung von Schriftstücken –, um den grenzüberschreitenden Informationsaustausch zwischen den Behörden durch Digitalisierung zu modernisieren.

Für die Übermittlung von Dokumenten und Anfragen zwischen den Mitgliedstaaten soll ein dezentrales IT-System, das aus miteinander verbundenen nationalen IT-Systemen besteht, verpflichtend verwendet werden. Schriftstücken können direkt an Empfängern mit einer bekannten Anschrift in einem anderen Mitgliedstaat elektronisch zugestellt werden, wenn diese im Voraus ausdrücklich ihre Zustimmung erteilt haben. Die Zustellung kann mittels eines qualifizierten Dienstes für die Zustellung elektronischer Einschreiben oder – unter zusätzlichen Bedingungen – per E-Mail erfolgen. Weiterhin soll der Einsatz von Videokonferenzen oder einer anderen Fernkommunikationstechnologie bei der Beweisaufnahme gefördert werden. So können Zeugen, Parteien oder Sachverständige, die sich in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten, vernommen werden. Nachdem im Juni 2020 eine politische Einigung erzielt wurde, wird der Text nun dem Europäischen Parlament zur endgültigen Annahme übermittelt.

[Pressemitteilung](#)

Rat: Standpunkt zur Richtlinie über Verbandsklagen

Am 4. November 2020 hat der Rat seinen Standpunkt zu dem Entwurf einer Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher in der EU festgelegt. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, ein System für Verbandsklagen einzuführen, mit dem die Kollektivinteressen der Verbraucher vor Verstößen gegen das Unionsrecht geschützt werden. Es umfasst sowohl Unterlassungsklagen als auch Abhilfemaßnahmen.

Zum Schutz vor Klagemissbrauch enthält die Richtlinie Regeln für die Übernahme der Gerichtskosten bei einer Verbandsklage. Es gilt der Grundsatz der Zahlungspflicht der unterlegenen Partei. Die klagebefugten Organisationen müssen auch eine Reihe von Transparenzanforderungen einhalten, insbesondere hinsichtlich ihrer Finanzierung durch Dritte. Die Richtlinie muss im weiteren Verfahren vom Europäischen Parlament formell angenommen werden.

[Pressemitteilung](#)

Aktionsplan für geistiges Eigentum

Die Kommission hat am 25. November 2020 einen neuen Aktionsplan für geistiges Eigentum veröffentlicht, um den Unternehmen, vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), dabei zu helfen, ihre Erfindungen und Schöpfungen optimal zu nutzen, und um sicherzustellen, dass die Wirtschaft und Gesellschaft in der EU davon profitieren. Geistiges Eigentum ist einer der wichtigsten Motoren für das Wirtschaftswachstum: Es hilft nämlich Unternehmen dabei, ihre immateriellen Vermögenswerte gewinnbringend einzusetzen. Mit dem Aktionsplan soll es den kreativen und innovativen Wirtschaftssektoren Europas ermöglicht werden, weltweit führend zu werden oder zu bleiben und den ökologischen und digitalen Wandel in Europa zu beschleunigen.

Insbesondere werden im Aktionsplan wichtige Schritte für einen besseren Schutz der Rechte des geistigen Eigentums festgelegt, um die Nutzung geistigen Eigentums durch KMU zu fördern, die gemeinsame Nutzung geistigen Eigentums zu erleichtern und so die Verbreitung von Technologien in der Industrie zu optimieren, Marken- und Produktpiraterie zu bekämpfen und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums zu verbessern sowie weltweit für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Die Coronavirus-Krise hat auch deutlich gemacht, dass in bestimmten Bereichen Abhängigkeiten von kritischen Innovationen und Technologien bestehen. Daher sieht der Aktionsplan Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen vor und stellt zugleich sicher, dass kritische IT in Krisenzeiten zur Verfügung gestellt werden können.

Immaterielle Vermögenswerte wie Marken, Geschmacksmuster, Patente und Daten gewinnen in der heutigen wissensbasierten Wirtschaft stark an Bedeutung. Auf schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige entfallen 45 % des gesamten BIP und 93 % aller EU-Ausfuhren, während gleichzeitig der Mehrwert von geistigem Eigentum in den meisten europäischen industriellen Ökosystemen zunimmt. Weltweit steigt die Zahl der Anmeldungen von geistigem Eigentum, da immaterielle Vermögenswerte im globalen Wettbewerb um die technologische Führungsposition eine immer wichtigere Rolle spielen. Der Aktionsplan baut auf den Stärken des europäischen Rahmens für geistiges Eigentum auf. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass er unsere wirtschaftliche Erholung und unsere Resilienz in Schlüsselbereichen der Wirtschaft unterstützt.

[Pressemitteilung](#)

[Fragen und Antworten](#)

Europäisches Semester wird an die Covid-Krise angepasst

Die Kommission hat im Rahmen des Europäischen Semesters zur wirtschaftspolitischen Koordinierung am 18. November 2020 das sogenannte „Herbstpaket“ angenommen. Es umfasst die Stellungnahmen der Kommission zu den Haushaltsplänen der Euro-Länder für 2021 und ihre politischen Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet.

Das vorgelegte Paket stützt sich auf die Herbstprognose 2020, die in einem Kontext großer Unsicherheit erstellt wurde. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 infolge des durch die Coronavirus-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schocks sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch in der EU insgesamt unter dem Vorkrisenniveau liegen wird.

Es ist der zweite Schritt im Zyklus des Europäischen Semesters 2021, der im September mit der Veröffentlichung der [Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum](#), die das Konzept der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt, eingeleitet wurde. Mit dieser Strategie wurden auch strategische Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Ausarbeitung ihrer Aufbau- und Resilienzpläne zur Verfügung gestellt und die Beziehungen zwischen der Aufbau- und Resilienzfazität und dem Semesterzyklus dargelegt.

Wie verbindlich die Forderungen der Kommission für die Mitgliedstaaten werden, dürfte davon abhängen, ob eine Einigung auf den Wiederaufbaufonds noch gelingt und wie abhängig der jeweilige Staat von den EU-Zuschüssen ist.

Im nächsten Schritt fordert die KOM die Euro-Gruppe und den Rat auf, das Paket zu erörtern und die vorgelegten Leitlinien zu billigen. Das EU-Parlament soll auch eingebunden werden, allerdings ohne wirkliche Mitentscheidungskompetenzen.

[Pressemitteilung](#)
[Herbstprognose](#)

MFR 2021-2027 – nach vorläufiger Einigung mit dem Parlament erneute Blockade im Rat

Siehe Kapitel 1

Corona-Krisenreaktion: Einigung über Aufbauhilfe REACT-EU

Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten haben sich am 18. November 2020 im Rat über die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas, REACT-EU geeinigt.

Bei REACT-EU handelt es sich um das erste kohäsionspolitische, im Rahmen der Trilogverhandlungen abgeschlossene Dossier. Die Rechtstexte müssen nun noch vom Europäischen Parlament und vom Rat abschließend gebilligt werden. Mit einem zweckgebundenen Betrag von 47,5 Mrd. Euro (50,5 Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen) werden mit REACT-EU die Maßnahmen zur Krisenbewältigung und zur Linderung der Krisenfolgen im Rahmen der beiden [Investitionspakete zur Bewältigung der Coronavirus-Krise \(CRII und CRII+\)](#) weitergeführt und ausgebaut; damit wird sichergestellt, dass die wirtschaftliche und soziale Erholung im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie reibungslos und ohne Unterbrechung weitergeht.

Der vorgestellte Kompromiss umfasst folgende Elemente:

- Die Mitgliedstaaten sind völlig flexibel bei der Festlegung der Anteile der Mittel für den [Europäischen Fonds für regionale Entwicklung](#), den [Europäischen Sozialfonds](#) – einschließlich der [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#) –, und den [Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen](#);
- es gibt keine vorab festgelegte Aufschlüsselung nach Regionenkategorien, damit die Mittel dorthin geleitet werden, wo sie am **dringendsten benötigt werden**;
- Die **EU-Kofinanzierung für Investitionen** kann **bis zu 100 Prozent betragen**.
- Entsprechend CRII und CRII+ sind die **Ausgaben** – sowohl für physisch abgeschlossene als auch vollständig durchgeführte Vorhaben (sofern sie ab dem 1. Februar 2020 angelaufen sind) – **rückwirkend** ab dem 1. Februar 2020 **förderfähig**.
- Im Einklang mit dem Rechtsrahmen für den Zeitraum 2014–2020 **endet die Förderfähigkeit der Ausgaben am 31. Dezember 2023** ;
- es besteht die Möglichkeit, Mittel auch für bestehende **grenzübergreifende Kooperationsprogramme** im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ bereitzustellen;
- **70 Prozent der nationalen Zuweisungen für 2021 erfolgen auf der Grundlage der sozioökonomischen Auswirkungen der Krise** , z. B. auf die Jugendarbeitslosigkeit und den relativen Wohlstand der Mitgliedstaaten; die verbleibenden 30 Prozent für 2022 werden Ende 2021 auf der Grundlage der neuesten statistischen Daten berechnet.
- Die **Aufschlüsselung nach Regionenkategorien wird ausnahmsweise nicht vorab festgelegt**. Die Mitgliedstaaten müssen im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes sicherstellen, dass bei der Zuweisung der Unterstützung sowohl die Bedürfnisse der am stärksten von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie betroffenen Gebiete berücksichtigt werden, gleichzeitig aber auch weniger entwickelte Regionen weiterhin schwerpunktmäßig Unterstützung erhalten.
- Um eine reibungslose und rasche Mobilisierung von Investitionen zu ermöglichen, **gelten die Ex-ante-Konditionalitäten, die Anforderungen an die thematische Konzentration und die Leistungsrahmen ferner nicht für REACT-EU** . Die Kommission wird ihr Möglichstes tun, um die Programme und Programmänderungen innerhalb von 15 Arbeitstagen nach ihrer Einreichung zu genehmigen.

Allerdings muss auch hier festgehalten werden, dass REACT-EU erst dann in Kraft treten kann, wenn die Staats- und Regierungschefs sowie das EU-Parlament der gesamten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zugestimmt haben. Da Ungarn und Polen ihr Veto zum MFR angekündigt haben, weil sie den Rechtsstaatsmechanismus ablehnen, ist die endgültige Bestätigung noch unsicher.

[Maßnahmen der EU-Kohäsionspolitik zur Bekämpfung des Coronavirus \(nur EN\)](#)
[Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise \(CRII\) und Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise \(CRII+\)](#)

Europäischer Rechnungshof prüft Leistung des EU-Haushalts: Verbesserungsbedarf

Die Berichterstattung der Europäischen Kommission über die von den EU-Ausgabenprogrammen erbrachte Leistung fällt gemischt aus. Zu dieser Einschätzung gelangt der Europäische Rechnungshof in einem Bericht vom 13. November 2020. Die Prüfer begrüßen zwar, dass die Berichterstattung immer besser und auch ausgewogener wird, verweisen jedoch zugleich auf mehrere Probleme.

So variiert die Qualität der Leistungsbewertungen der Kommission immer noch von Programm zu Programm, und die Festlegung robuster und aussagekräftiger Leistungsindikatoren stellt nach wie vor eine Herausforderung dar. Außerdem sollte die Kommission mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Zuverlässigkeit der Daten in ihrer Berichterstattung über die Leistung des Haushalts weiter zu erhöhen.

In den letzten Jahren hat sich die jährliche Leistungsberichterstattung der Kommission von einer Sammlung eigenständiger Berichte zu einem kohärenteren Paket entwickelt. Sie enthält nun Abschnitte mit einer Leistungsbewertung pro Ausgabenprogramm, was äußerst positiv zu werten ist.

Die Prüfer sind jedoch der Auffassung, dass die Bewertungen der Kommission in der knapper gefassten übergeordneten Management- und Leistungsbilanz im Vergleich zur ausführlicheren Berichterstattung in den Programmabrisse tendenziell ein Bild zeichnen, das zu positiv ausfällt.

Sie stellen außerdem fest, dass die Leistung bestimmter Programme nach wie vor nicht vollständig bewertet werden kann, was vor allem auf nur begrenzt verfügbare Informationen zurückzuführen ist. Dennoch bewerteten die Prüfer auf der Grundlage der für 2019 vorgelegten Indikatoren und aktuellen Evaluierungen der Kommission sowie ihrer eigenen Prüfungen, ob Programme in allen wichtigen Bereichen des EU-Haushalts hinsichtlich der Erreichung ihrer Ziele "auf gutem Weg" waren.

[Bericht](#)

Kommission: Laut Herbstprognose erzeugt Zweite Pandemie-Welle Unsicherheit

Nach der am 5. November 2020 veröffentlichten Herbstprognose der Kommission wird für die Wirtschaft der EU auch im Jahr 2021 nicht mit einer raschen Erholung gerechnet.

Zwar wurde die Prognose für das laufende Jahr 2020 im Vergleich zur Sommerprognose leicht nach oben korrigiert, so dass die Kommission nur noch von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in der gesamten EU für 2020 von 7,4% (im Sommer rechnete sie noch mit einem Minus von 8,3%) ausgeht.

Für die kommenden zwei Jahre seien die Aussichten aufgrund hoher Unsicherheit ebenfalls getrübt. So wird für 2021 nur noch von einem Wirtschaftswachstum in der EU von 4,1% und für 2022 von 3,0% ausgegangen. Für die EUR-Zone wird dieses Jahr mit einem Minus von 7,8% gerechnet, 2021 dann mit einem Plus von 4,2% und 2022 mit 3,0%.

[Pressemitteilung](#)

Wichtiger Schritt Richtung Auszahlung der Corona-Hilfen an Unternehmen getan

Die deutsche Ratspräsidentschaft und die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments haben am 11. Oktober 2020 eine politische Einigung zum nächsten mehrjährigen EU-Haushalt erzielt. Die Einigung sieht u.a. eine gezielte Aufstockung der EU-Programme in den Bereichen Forschung, Gesundheit, Jugend und Bildung vor, einschließlich des Forschungsförderprogramms Horizon Europe.

Das Paket muss nun noch von den Mitgliedstaaten final abgesegnet werden. Um langfristig wettbewerbsfähig und fit für die Herausforderungen der Zukunft zu sein, muss der Wiederaufbau mit der Modernisierung des Standorts Europa verknüpft werden. Vor allem wird der Fokus auf Digitalisierung, Innovation und Technologie in der neuen EU-Finanzperiode gesetzt.

[Rats-Pressemitteilung](#)

[Europäischer Wiederaufbauplan](#)

Kommission gibt Startschuss für europäischen Kompetenzpakt

Der Kompetenzpakt ist ein zentrales Element der europäischen Kompetenzagenda. Die ersten europäischen Kompetenzpartnerschaften werden in den Bereichen Automobilindustrie, Mikroelektronik, Luft- und Raumfahrt und Verteidigung geschlossen. Beim Wiederaufbau nach der Coronavirus-Pandemie und im digitalen und grünen Wandel spielen berufliche Kompetenzen eine entscheidende Rolle. Kleine und große Unternehmen benötigen qualifizierte Arbeitskräfte, um Innovationen hervorzubringen und wachsen zu können.

[Pressemitteilung](#)

[Kompetenzpakt](#)

[Formular für Interessenträger, die sich dem Kompetenzpakt anschließen möchten](#)

Fahrplan zur Evaluierung des Rechtsrahmens für Industrieprodukte

Die Kommission veröffentlichte am 4. November 2020 einen Fahrplan für die für das erste Quartal 2021 geplante Evaluierung des neuen Rechtsrahmens für Industrieprodukte. Vor dem Hintergrund des sich wandelnden technologischen Umfelds soll mit dieser Initiative evaluiert werden, ob der neue Rechtsrahmen in einer digitalen und kreis-lauforientierten Wirtschaft weiterhin seinen Zweck erfüllt. Schwerpunkte der Evaluierung sind: Updates und Upgrades von Soft- und Hardware, Sanieren und Reparieren, Konformitätsbewertung und Akkreditierung. Feedback ist bis 2. Dezember 2020 möglich.

[Pressemitteilung](#)

EBA gibt Hinweise zur Bekämpfung von Geldwäsche

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 4. November 2020 eine Stellungnahme veröffentlicht, in der dargelegt wird, wie die Aufsichtsbehörden die Risiken für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (ML/TF) im Rahmen des Aufsichtsprozesses (SREP) berücksichtigen sollten. Diese Stellungnahme ist Teil der laufenden Arbeiten der EBA zur verstärkten Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung in Europa.

[Pressemitteilung](#)

[Dokumente](#)

Kommission: Aktionsplan für geistiges Eigentum vorgelegt

Siehe unter Justiz, Verbraucherschutz.

Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen

Am 11. November 2020 billigte das Europäische Parlament die informelle Vereinbarung über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (SPE) in der EU mit einer Mehrheit von 627 - 28 - 31. Diese Abstimmung verlängert das Mandat des Netzwerks bis zum 31.12.2027 und zwingt die Kommission gleichzeitig, bis Ende September 2026 einen Bewertungsbericht vorzulegen, um die Leistungen des Netzwerks zu bewerten.

Die Abgeordneten fordern ein widerstandsfähigeres Netzwerk, das in der Lage ist, die nationalen öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu modernisieren und zu stärken, indem sie öffentliche Mittel effektiver und effizienter einsetzen. Die Mitglieder des Netzwerks müssen gemeinsame Initiativen entwickeln, die auch den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken erleichtern würden, betonen die Abgeordneten.

Obwohl die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union für das Netzwerk in Übereinstimmung mit dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 fortgesetzt werden sollte, schlägt das Parlament vor, die öffentlichen Arbeitsverwaltungen auch auf nationaler Ebene zu finanzieren. Die Mitgliedsstaaten werden nun ermutigt, die SPE mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten, um Herausforderungen wie die Digitalisierung der Wirtschaft und sich verändernde Arbeitsmuster zu bewältigen.

[Pressemitteilung](#)

[Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2020](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland - Berufsanerkenntnisrichtlinie

Am 30.10.2020 gab die Kommission bekannt gegen DEU die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten, da DEU die Richtlinie 2005/36/EG zur Anerkennung von Berufsqualifikationen nicht ordnungsgemäß umgesetzt habe. Mit der Richtlinie soll es Berufsangehörigen erleichtert werden, ihre Dienstleistungen in der EU anzubieten.

Gleichzeitig sollen Verbraucher und Bürger dadurch besser geschützt werden. Die Richtlinie sei in sektorspezifischen Rechtsvorschriften im Bereich von Berufen, wie Gesundheit, Handwerk und Architektur, nicht ordnungsgemäß umgesetzt worden.

Außerdem hat die Kommission Zweifel, ob die Umsetzungsvorschriften in den Bundesländern in Bezug auf den freien Dienstleistungsverkehr bei Ingenieurleistungen und die Anerkennung von Ingenieuren für Niederlassungszwecke der Richtlinie entsprechen. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um auf die mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission zu antworten.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Richtlinie für Mindestlöhne

Die Kommission startete am 5. November eine bis 31. Dezember laufende öffentliche Konsultation zum Vorschlag für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12721-Initiative-on-adequate-minimum-wages>

Digitaler und grüner Wandel: Kommission skizziert Vision für künftige EU-Verbraucherpolitik

Siehe unter [Justiz, Verbraucherschutz](#).

Kommission präsentiert Vorschläge zur Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion

Im Mittelpunkt der Vorschläge vom 11. November 2020 stehen eine Neugestaltung des geltenden Rechtsrahmens für schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren sowie eine Aufwertung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA).

[Kommissions-Pressemitteilung Gesundheitsunion](#)
[Vorschläge zur Gesundheitsunion](#)

Europäische Union gibt mehr Geld für die globale Impfstoff-Plattform COVAX

Die Europäische Union hat am 12. November 2020 beim Pariser Friedensforum angekündigt, weitere Finanzhilfen in Höhe von 100 Mio. Euro für die COVAX-Fazilität bereitzustellen, um Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Zugang zu künftigen COVID-19-Impfstoffen zu sichern.

Diese Mittel ergänzen die 400 Mio. € an Garantien, die die EU bereits zugesagt hat. Dadurch wird die Union zu einem der führenden Geber der Initiative.

[Pressemitteilung](#)

Gesetzesvorschlag für europäischen Gesundheitsdatenraum kommt 2021

Die Kommission und der deutsche EU-Ratsvorsitz wollen im Hinblick auf eine sichere und patientenorientierte Nutzung von Gesundheitsdaten für Europa enger zusammenarbeiten und einen europäischen Gesundheitsdatenraum schaffen.

Diese Absicht wurde am 11. November 2020 auf der Konferenz „Digital Health 2020 - EU on the Move“ bekundet. Die Kommission plant, ihren Legislativvorschlag für den europäischen Gesundheitsdatenraum im kommenden Jahr vorzulegen.

[Pressemitteilung](#)

Covid-19-Impfstoffe

Die Kommission hat am 25. Oktober 2020 den inzwischen 6. Vertrag mit einem Pharmaunternehmen unterzeichnet und damit bisher rund 1,3 Milliarden Dosen Covid-19-Impfstoffe bestellt. Ein weiterer Vertrag ist in Vorbereitung. Daneben liegen Optionen für den Ankauf von weiteren 460 Millionen Dosen vor.

Alle Impfstoffe werden von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) sehr sorgfältig geprüft. Sie werden nur zugelassen und auf den Markt gebracht, wenn sie sicher und wenn sie wirksam sind. Transparenz soll dabei ganz entscheidend und von allergrößter Bedeutung sein. Sobald der Nachweis für die Sicherheit und Wirksamkeit des COVID-19-Impfstoffs erbracht ist, erhält unter den abgeschlossenen Verträgen jeder Mitgliedstaat gleichzeitig, anteilig und zu den gleichen Bedingungen den Impfstoff.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: Schärfere Grenzwerte für Chemikalien in Kleidung, Textilien, Schuhen

Ab dem 01.11.2020 gelten in der EU schärfere Konzentrationsgrenzwerte für 33 krebserzeugende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Chemikalien in Kleidung, Textilien und Schuhen, unabhängig davon ob sie in der EU hergestellt oder importiert wurden.

Zu den Stoffen, die in diesen Produkten potenziell enthalten sein können, zählen polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Kadmium, Chrom, Blei und seine Verbindungen sowie Phthalate. Die neuen Grenzwerte basieren auf der REACH-Verordnung.

[Pressemitteilung](#)

EU für Stärkung der Weltgesundheitsorganisation

Der Rat und die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben am 6., November Schlussfolgerungen zur Rolle der EU bei der Stärkung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) angenommen. In den Schlussfolgerungen wird die zentrale Rolle der WHO als führende und koordinierende Behörde bei der Bewältigung globaler Gesundheits Herausforderungen anerkannt.

Der Rat und die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten bekunden ihre Entschlossenheit, eine koordinierende, proaktive und führende Rolle in einem alle Seiten einschließenden Prozess zur Stärkung der globalen Gesundheitssicherheit und der WHO zu übernehmen, insbesondere ihrer Fähigkeit zur Vorsorge und Reaktion in gesundheitlichen Notfällen.

[Pressemitteilung](#)

[Schlussfolgerungen des Rates](#)

Kommission: Arzneimittelstrategie für Europa vorgelegt

Die Kommission hat am 25. November 2020 eine Arzneimittelstrategie für Europa vorgelegt. Sie will damit Patientinnen und Patienten den Zugang zu innovativen und erschwinglichen Arzneimitteln garantieren und die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie die Nachhaltigkeit der EU-Arzneimittelindustrie unterstützen. Die Strategie wird es Europa ermöglichen, seinen Arzneimittelbedarf – auch in Krisenzeiten – durch solide Lieferketten zu decken.

[Pressemitteilung](#)

EuRH prüft Unterstützung für Tourismus

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) analysiert derzeit, ob die EU-Förderung öffentlicher Investitionen in den Tourismus wirksam eingesetzt wurde und den Sektor vor der Pandemie angemessen unterstützt hat und was die EU unternimmt, um die negativen Auswirkungen der COVID-19-Krise zu begrenzen.

Ziel der EU-Tourismuspolitik ist es, die Stellung Europas als wichtigstes Reiseziel zu erhalten, gleichzeitig den Beitrag der Branche zu Wachstum und Beschäftigung zu maximieren und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu fördern. Im Jahr 2019 war die EU die meistbesuchte Region der Welt: Schätzungen zufolge entfallen rund 10 % des BIP und 12 % aller Arbeitsplätze in der EU auf den Tourismus. Die Ergebnisse der Prüfung werden im dritten Quartal 2021 veröffentlicht.

[Pressemitteilung](#)

[Dokumente](#)

EU führt Gegenmaßnahmen auf US-Ausfuhren ein

Seit 10. Oktober 2020 gelten neue Zölle auf US-Ausfuhren in die EU im Wert von 4 Mrd. US-Dollar. Die Strafzölle wurden von den EU-Mitgliedstaaten vereinbart, da die USA ihrerseits weiter an Zöllen auf EU-Importe wegen Subventionen für Airbus festhalten.

Die Welthandelsorganisation hat die EU am 26. Oktober offiziell ermächtigt, Gegenmaßnahmen gegen illegale US-Subventionen für den Flugzeughersteller Boeing zu ergreifen. Die Kommission ist bereit, mit den USA an einer Streitbeilegung zu arbeiten und sich auch auf langfristige Lösungen für Luftfahrtsubventionen zu einigen.

[Pressemitteilung](#)

4. Jahresbericht zeigt Vorteile der EU-Handelsabkommen

Der Bericht gibt einen Überblick über den Handel der EU mit 65 Handelspartnern im Rahmen von 36 wichtigen Handelsabkommen. Der Handel mit diesen Präferenzpartnern wuchs 2019 um 3,4 Prozent, während der Handel der EU weltweit insgesamt um 2,5 Prozent zunahm.

Insbesondere der Handel der EU mit Kanada und Japan konnte seit Inkrafttreten der Handelsabkommen um fast 25 Prozent bzw. 6 Prozent gesteigert werden.

Handelsabkommen verbessern die Rahmenbedingungen für die internationalen Wirtschaftsaktivitäten der Unternehmen aus Österreich, u.a. durch den Abbau von Zöllen und ungerechtfertigten bürokratischen Hürden im Handel und können unsere exportorientierten Unternehmen im Wiederaufbau unterstützen.

[Kommissions-Pressemitteilung](#)

[Bericht über die Umsetzung von EU-Handelsabkommen](#)

EU startet Beschwerdesystem für Verstöße gegen EU-Handelsabkommen

Die Europäische Kommission hat am 16. November 2020 ein neues Beschwerdesystem eingerichtet, über das Unternehmen, Mitgliedstaaten und EU-Bürgerinnen und -Bürger Marktzugangshindernisse ebenso wie Verstöße gegen Arbeits- und Umweltstandards im Rahmen der EU-Handelsabkommen melden können.

Die Kommission räumt damit der Durchsetzung der Vorschriften auch im Bereich nachhaltige Entwicklung höchste Priorität ein und achtet auf die Umsetzung von Handelsabkommen.

[Pressemitteilung](#)

Digitaler und grüner Wandel: Kommission skizziert Vision für künftige EU-Verbraucherpolitik

Siehe unter [Justiz, Verbraucherschutz](#).

Fahrplan zum Schutz biologischer Vielfalt

Die Kommission hat am 4. November 2020 einen Fahrplan für ihren Vorschlag einer europäischen Verordnung zur Wiederherstellung der geschädigten Ökosysteme veröffentlicht. Ziel soll es sein bis 2030 mindestens 30 % geschädigter Meeres- und Landflächen wiederherzustellen. Ein besonderes Augenmerk richtet sie auf die Bereiche mit dem größten Potenzial zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff als auch auf die Verhinderung bzw. Verringerung der Auswirkungen von Naturkatastrophen.

Vorbehaltlich einer Folgenabschätzung wird die Gesetzesinitiative rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung von Ökosystemen auf Grundlage von zum Teil bestehenden EU-Rechtsvorschriften wie der Vogelschutz- und Habitat-Richtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie sowie der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie formulieren. Der Schutz und die Wiederherstellung von Feuchtgebieten, Mooren und Torfgebieten, freifließenden Flüssen und Meeresökosysteme sollen beispielsweise eines dieser festzulegenden Ziele sein.

Aber auch Ziele, die sich auf weitere Ökosysteme, Lebensräume oder Arten beziehen, die nicht durch bestehende Rechtsvorschriften abgedeckt sind, wie z.B. Bestäuber oder Böden, könnten als rechtsverbindliche Ziele formuliert werden. Ein entsprechender Legislativvorschlag ist für das 4. Quartal 2021 geplant und soll als Vorzeigemaßnahme im Rahmen der neuen Biodiversitätsstrategie 2030 der KOM dienen. Beiträge zum Fahrplan können noch bis zum 02.12. eingereicht werden.

[Fahrplan und Konsultation zum Schutz biologischer Vielfalt](#)

Fahrplan zur Aktualisierung der EU-Bodenschutzstrategie

Am 05. November 2020 hat die Kommission einen Fahrplan zur Aktualisierung der EU-Bodenschutzstrategie veröffentlicht. Wie in der Biodiversitätsstrategie 2030 angekündigt soll die Bodenschutzstrategie aktualisiert werden, um die Klima- und Biodiversitätsziele des Europäischen Grünen Deals zu erreichen.

Folgende Punkte sollen bei der Aktualisierung besonders betrachtet werden: Schutz der Bodenfruchtbarkeit, Verringerung von Erosion und Versiegelung, Steigerung des Gehalts an organischer Substanz, Ermittlung von kontaminierten Flächen, Sanierung von Altlasten und Definition des Begriffs „guter ökologischer Zustand“ für Böden sowie Verbesserung der Überwachung der Bodenqualität.

Die Aktualisierung der gegenwärtigen Strategie ist für das zweite Quartal 2021 vorgesehen. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist möglich bis 3. Dezember.2020.

[Fahrplan](#)

FFH-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Am 30. Oktober 2020 hat die Kommission im FFH-Vertragsverletzungsverfahren eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland geschickt. Darin fordert die Kommission Deutschland auf, den Schutz blütenreicher Wiesen in Natura-2000-Gebieten erheblich zu verbessern und damit seinen Verpflichtungen aus der FFH-Richtlinie 92/43/EWG nachzukommen.

Im europäischen Grünen Deal und in der EU-Biodiversitätsstrategie wird gefordert, dass dem Verlust der Artenvielfalt in der EU durch die Verbesserung und die Wiederherstellung des guten ökologischen Zustands beschädigter Ökosysteme Einhalt zu gebieten ist.

Deutschland kommt nach Meinung der Kommission seiner Verpflichtung nicht nach, die Verschlechterung insbesondere zweier Lebensräume: Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen, die sich in Deutschland in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, zu verhindern. Deutschland hat zwei Monate Zeit, angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Ist dies nicht der Fall, kann die Kommission beim Gerichtshof der Europäischen Union Klage einreichen.

[Pressemitteilung](#)

Wiederaufbauhilfen für Landwirte

Das Parlament und der Rat haben am 10. November 2020 ein vorläufiges Abkommen über ein EU-Wiederherstellungspaket für Landwirte, Lebensmittelproduzenten und ländliche Gebiete erzielt, das ihre Widerstandsfähigkeit erhöhen soll.

Die politische Einigung muss noch vom Parlament und vom Rat offiziell gebilligt werden.

Die Verhandlungsführer einigten sich darauf, alle Mittel, die den ländlichen Gemeinden aus dem EU-Sanierungsinstrument zur Verfügung gestellt werden, bis 2021 und 2022 freizugeben. Die Kommission hatte vorgeschlagen, die Mittel zwischen 2022 und 2024 freizugeben. Rund 20% der 8,07 Mrd. EUR werden 2021 verfügbar sein und die restlichen 70% würden 2022 freigegeben, heißt es im vereinbarten Text.

Den Abgeordneten gelang es, mindestens 37% der Wiederherstellungsfinanzierung für Biobauern, für umwelt- und klimabezogene Maßnahmen sowie für den Tierschutz zu sichern. Mindestens 55% des Fonds werden Junglandwirte und On-Farm-Investitionen unterstützen. Der Anteil der Wiederauffüllungsfinanzierung, den die EU-Länder für umweltfreundliche Praktiken ausgeben, sollte nicht niedriger sein als der Prozentsatz der EU-Mittel für die ländliche Entwicklung, den sie derzeit zu diesem Zweck ausgeben.

Die EU wird bis zu 100% der förderfähigen Maßnahmen aus den zusätzlichen Mitteln der NextGenerationEU finanzieren. Die EU-Länder müssen keine zusätzlichen Mittel aus ihren nationalen Haushalten bereitstellen.

Die Verhandlungsführer waren sich einig, dass Investitionen von Landwirten und Lebensmittelverarbeitern, die zu einer nachhaltigen und digitalen wirtschaftlichen Erholung beitragen mit bis zu 75% der angefallenen Kosten unterstützt werden können.

Der Text zum Instrument NextGenerationEU wird in die Übergangsverordnung der GAP aufgenommen. Die vereinbarten Übergangsregeln für die GAP müssen dann vom Parlament und vom Rat gebilligt werden, bevor sie am 1. Januar 2021 in Kraft treten können.

[Pressemitteilung](#)

Eingung zur Übergangsverordnung zur Gemeinsamen Agrarpolitik

Am 27. November 2020 haben das Europäische Parlament und der Rat eine politische Einigung über die Regeln der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Übergangszeitraum 2021-2022 erzielt. Diese Regeln basieren auf dem Grundsatz der Kontinuität der derzeitigen GAP-Regeln und sollen einen Übergang zur nächsten Haushaltsperiode ermöglichen.

Die nationalen Zuweisungen während des Übergangs orientieren sich an den Vereinbarungen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Gleichzeitig arbeitet die Kommission weiterhin daran, die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen so bald wie möglich zum Abschluss zu bringen, damit alle neuen Programme am 1. Januar 2021 beginnen können.

Die Vereinbarung umfasst auch die Integration der Mittel des Europäischen Wiederherstellungsinstruments (ERI) in den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), die die Erholung der die Landwirtschaft nach der Coronavirus-Pandemie unterstützen.

Während der Übergangszeit müssen die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem „No Backsliding Principle“ mindestens das derzeitige Ambitionsniveau der GAP in Bezug auf die Umwelt- und Klimaziele beibehalten und zu den Zielen des europäischen Green Deal beitragen.

Darüber hinaus werden den Mitgliedstaaten für den Übergangszeitraum 2021-2022 die für die ländliche Entwicklung (ELER) bereitgestellten europäischen Konjunkturfonds (7,5 Mrd. Euro) zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sollen dazu verwendet werden, die Auswirkungen der Pandemie zu bekämpfen und gleichzeitig eine grüne und digitale Erholung sicherzustellen.

[Pressemitteilung](#)

Vize-Kommissionspräsident Timmermans droht mit Rückzug der GAP-Vorschläge

Nachdem am 10. November 2020 der erste Trilog zur Reform der GAP stattfand, äußerte Kommissar Timmermans – der an den Gesprächen teilnahm – Folgendes: „Wenn wir klimaneutral sein wollen, muss sich die Agrarpolitik ändern“

Der für den Green Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans will die künftige EU-Agrarpolitik nicht allein den Agrarpolitikern überlassen. Wenn der Schwenk zu mehr Nachhaltigkeit, Klima- und Artenschutz nicht gelinge, werde auch die Landwirtschaft durch Ernteeinbußen leiden.

Timmermans wolle sich in den Verhandlungen zudem dafür einsetzen, dass die Agrarmittel zugunsten kleiner Betriebe umgeschichtet werden, wie von der Kommission ursprünglich vorgeschlagen.

Der Agrarrat hat sich in seiner virtuellen Sitzung vom 16. November 2020 deutlich gegen die Äußerungen Timmermans ausgesprochen. Auch Vertreter des Europäischen Parlaments erkannten in den Ausführungen Timmermans einen Affront gegen den demokratischen Kompromissfindungsprozess der EU.

Anschließend an die von Timmermans angestoßene Debatte äußerten sich weitere Kommissionsmitglieder wie Agrarkommissar Janusz Wojciechowski sowie die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, dass die Kommission an ihrem Vorschlag festhalten und diesen nicht zurückziehen werde.

[Pressemitteilung](#)
[Pressemitteilung](#)

Elf Klima- und Umweltprojekte in Deutschland über LIFE gefördert

Die Kommission hat am 16. November 2020 Investitionen von mehr als 280 Mio. Euro für über 120 neue Projekte des LIFE-Programms genehmigt. In Deutschland werden elf Projekte gefördert. Dabei geht es unter anderem um Strom aus industrieller Abwärme, eine Logistikplattform für mehr Schienenverkehr, den Schutz von Wiesenvögeln und einen Ansatz, um Weinberge widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen.

Alle geförderten Projekte sollen dazu beitragen, die Ziele des europäischen Grünen Deals zu erreichen, in dem unter anderem die EU-Biodiversitätsstrategie, der Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, der grüne Wiederaufbau nach der Coronavirus-Pandemie und die Verwirklichung des Ziels, Europa bis 2050 zu einem klimaneutralen Kontinent zu machen, unterstützt werden.

Projekte wie die Wiederherstellung von Torfgebieten werden zur Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie beitragen. Des Weiteren unterstützen die LIFE-Projekte die Senkung des Energieverbrauchs in neuen Gebäuden. Die Mittel werden auch für Projekte bereitgestellt, die Lebensmittelverschwendung verhindern und zu einer besseren Abfallbewirtschaftung im Einklang mit dem neuen EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft führen.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Kommission hat am 10. November 2020 eine öffentliche Konsultation über die Auswirkungen der GAP auf den Wissensaustausch und die Beratungstätigkeit eingeleitet.

Mit der Evaluierung soll festgestellt werden, ob das Ziel der GAP, „Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und in ländlichen Gebieten zu fördern“, erreicht wird und ob die entsprechenden Maßnahmen wirksam, effizient, kohärent und relevant sind und einen EU-Mehrwert bieten.

Die Evaluierung umfasst die relevanten GAP-Instrumente und -Maßnahmen im Rahmen der GAP-Periode 2014 - 2020. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist möglich bis 02.02.2021.

[Fahrplan](#)

Konsultationen über den Weg zur Klimaneutralität bis 2050

Die Kommission hat am 16. November 2020 öffentliche Konsultationen zu vier zentralen Teilen der europäischen Klimagesetzgebung eröffnet, die im Juni 2021 verabschiedet werden sollen. Diese vier künftigen Vorschläge sollen dazu beitragen, den Europäischen Grünen Deal umzusetzen und das vorgeschlagene neue EU-Ziel von mindestens 55 Prozent Emissionsreduktionen bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990 zu erreichen.

Die öffentlichen Konsultationen zum EU-Emissionshandel, zur Verordnung über die Lastenteilung, zur Verordnung über Flächennutzung, Flächennutzungsänderung und Forstwirtschaft sowie zu den CO₂-Regeln für Kraftfahrzeuge sind bis zum 5. Februar 2021 für öffentliche Rückmeldungen offen.

[Pressemitteilung sowie Links zu den Konsultationen](#)

Luftqualität in der EU

Die Zahl der durch Luftverschmutzung bedingten vorzeitigen Todesfälle in Europa ist in den letzten zehn Jahren gesunken. Dies geht aus dem am 23. November 2020 vorgelegten Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) über die Luftqualität hervor. Dennoch sind fast alle Menschen in Europa weiterhin von Luftverschmutzung betroffen. Im Jahr 2018 gingen laut EUA immer noch knapp 380.000 vorzeitige Todesfälle in der EU auf das Konto von Feinstaub, in Deutschland waren es über 63.000 vorzeitige Todesfälle.

Der EUA-Bericht von 2020 über die Luftqualität in Europa zeigt, dass der EU-Grenzwert für Feinstaub mit kleineren Partikeln 2018 in Bulgarien Italien, Kroatien, Polen, Rumänien und Tschechien überschritten wurde. Die Kommission will dieses Problem mit einer Überarbeitung der EU-Normen im Rahmen eines neuen Null-Schadstoff-Aktionsplans angehen.

[Pressemitteilung](#)

[Null-Schadstoff-Aktionsplan](#)

Meeresumwelt: EU-Schutz ist weit gefasst, aber nicht tiefgreifend

Der Europäische Rechnungshof (ECA) hat am 26. November 2020 einen Sonderbericht zur Meeresumwelt veröffentlicht. In dem Bericht geht der Hof der Frage nach, wie Verlust der biologischen Vielfalt der Meere und der Meereslebensräume durch Politiken und Ausgabenprogramme der EU in Teilen des Atlantiks und des Mittelmeers angegangen wird.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass ein Rahmen für den Schutz der Meeresumwelt zwar vorhanden sei, doch sei mit den EU-Maßnahmen weder erneut ein guter Umweltzustand der Meere erreicht noch die Fischerei in allen Meeren auf ein nachhaltiges Maß gebracht worden.

Die EU-Schutzvorschriften haben nicht zur Wiederherstellung wichtiger Ökosysteme und Lebensräume geführt, Meeresschutzgebiete bieten nur begrenzten Schutz, die Bestimmungen zur Koordinierung der Fischereipolitik mit der Meeresschutzpolitik finden in der Praxis selten Anwendung und ein relativ geringer Teil der verfügbaren Mittel wird für Erhaltungsmaßnahmen verwendet, so der Bericht.

[Pressemitteilung](#)

[Sonderbericht](#)

Startschuss für den Kompetenzpakt

Am 10. November 2020 hat die Kommission im Rahmen der Europäischen Woche der Berufsbildung den angekündigten Pakt für Kompetenzen (Pact for Skills) lanciert; ein Modellvorhaben für die gemeinsame Entwicklung von Kompetenzen in Europa.

Darin sollen Unternehmen, Arbeitnehmer, nationale, regionale und lokale Behörden, Sozialpartner, branchen- und Sektor übergreifende Organisationen, Bildungs- und Ausbildungsanbieter, Handelskammern und Arbeitsverwaltungen eine Schlüsselrolle spielen.

Der Pakt ist eine der wichtigsten Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Kompetenzagenda und fest in der Europäischen Säule sozialer Rechte verankert. Ab 2021 wird die Kommission die Unterzeichner des Pakts durch spezielle Dienste unterstützen, angekündigt wurden u.a. die Errichtung eines Networking Hubs, die Verknüpfung mit bestehenden EU-Instrumenten beispielsweise dem Europass sowie die Einrichtung eines Wissenszentrums, einschließlich Durchführung von Webinaren, Seminaren und Peer-Learning-Aktivitäten.

[Pressemitteilung](#)

EU Bildungsmonitor veröffentlicht

Die Kommission hat am 12. November 2020 den jährlich erscheinenden Monitor bezüglich der Entwicklung der allgemeinen und beruflichen Bildung veröffentlicht. Im Jahr 2020 liegt der Schwerpunkt des Monitors auf Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter.

Der Bericht zeigt, dass innerhalb und zwischen den EU-Ländern bezüglich der digitalen Bildung weiterhin große Unterschiede bestehen. So liegt in Deutschland der Anteil der Lernenden mit grundlegendem computergestütztem Denkvermögen bei 67 %; so seit 2013.

Der Monitor präsentiert auch die Ergebnisse einer internationalen Studie zur Computer- und Informationskompetenz (ICILS). Danach sind unterdurchschnittliche Leistungen selbst zu Kenntnissen grundlegendster IT-Anwendungen in der EU weit verbreitet; in Deutschland liegt der Wert dafür bei 33,2 % der Lernenden. Bezüglich der digitalen Ausstattung bleiben die deutschen Schulen hinter dem EU-Durchschnitt zurück.

[Pressemitteilung](#)

[Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung](#)

Excellence Awards 2020 für berufliche Aus- und Weiterbildung

Am 13. November 2020 wurden die Gewinner der 2020 Awards for VET (vocational education and training) Excellence beim Abschluss der European Vocational Skills Week geehrt. Die Gewinner sind Beispiele für herausragende Leistungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Im Rahmen der Woche der beruflichen Aus- und Weiterbildung werden jedes Jahr Einzelpersonen und Organisationen für ihre Bemühungen zur Förderung und Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Berufsbildung ausgezeichnet. Die Auszeichnungen ehren ein besonderes Engagement für die Berufsbildung und sollen die Qualität der Berufsbildung hervorheben, den Gewinnern Sichtbarkeit verschaffen, Lernende und Ausbilder motivieren und die Entwicklung von Netzwerken und Karrieremöglichkeiten unterstützen.

In der Kategorie ‚Erasmus + Grüne Dimension‘ war auch eine deutsche Schule unter den Gewinnern. Mit dem Projekt ‚Energieeffizienz in Betrieb‘ konnte die Staatliche Technikerschule Mindelheim die Jury überzeugen.

[Europäische Woche der Berufsbildung](#)

Europäischer Forschungsrat vergibt Synergy Grants

Am 5. November 2020 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die Empfänger der diesjährigen Synergy Grants bekanntgegeben. Es werden herausragende Forschungsprojekte, in denen jeweils 2 - 4 Forscherinnen und Forscher aus ganz Europa und z. T. darüber hinaus zusammenarbeiten gefördert.

In diesem Jahr werden 34 Forschungsprojekte mit insgesamt rund 350 Mio. € aus dem Haushalt von Horizont 2020 unterstützt. Deutschland ist in 18 dieser Projekte vertreten und damit das erfolgreichste Teilnehmerland.

[Pressemitteilung ERC Förderliste](#)

Forschungsprojekte im Gesundheitsbereich zur Coronavirus-Pandemie

Am 5. November 2020 hat die Kommission die Förderung von 23 Forschungsprojekten im Gesundheitsbereich zur Coronavirus-Pandemie angekündigt. Daran sind 344 Forschungsteams aus allen Mitgliedstaaten sowie aus 15 Staaten außerhalb der EU beteiligt.

Der Fokus liegt auf den Aspekten Diagnose und Behandlung. Forschungsarbeiten zur Medizintechnik, digitalen Werkzeugen und tragbaren Diagnosesystemen sollen unterstützt werden. Insgesamt werden sie 128 Mio. € aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 erhalten.

[Pressemitteilung Projektliste](#)

84,9 Mrd. € für Horizont Europa und 23,4 Mrd € für Erasmus+

Am 10. November 2020 wurde die politische Einigung zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, dem langfristigen Haushalt der EU 2021-2027, erzielt. Demnach soll das kommende, europäische Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa ein Budget von 84,9 Mrd. € erhalten; vier Milliarden Euro mehr, als im Vergleich zum Vorschlag der Staats- und Regierungschefs im Juli 2020.

Auch die Mittel für Erasmus+ wurden erhöht. Jetzt stehen von 2021 bis 2027 insgesamt 23,4 Milliarden € zur Verfügung; ein Zuwachs von 2,2 Mrd. € gegenüber dem Haushaltsansatz im Sommer. Der erreichte Kompromiss muss nun von den 27 EU-Mitgliedstaaten auf einem Gipfel im Dezember offiziell abgesegnet werden.

[Pressemitteilung Stellungnahme der European University Association](#)

Nordic Breakfast zum Thema Offshore mit Energieminister Pegel und MdEP Nienaß

Genau einen Tag vor der Vorstellung der EU-Offshore-Strategie fand am 18.11.2020 das Nordic Breakfast von IHK Nord und der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel statt. Energieminister Christian Pegel und MdEP Niklas Nienaß aus Mecklenburg-Vorpommern diskutierten mit etwa 100 Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft die Potenziale des Offshore-Sektors in Mecklenburg-Vorpommern und Norddeutschland allgemein.

Es bestand Einigkeit, dass Mecklenburg-Vorpommern mit dem Testfeld Offshore vor der Küste von Rostock und in der Ostsee allgemein beste Voraussetzungen für die Produktion von Energie hat, sei dies in Form von Windkraft oder auch der anschließenden Umwandlung in grünen Wasserstoff. Wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Implementierung von Offshore-Projekten sind mit der Raumplanung auf See und der Schaffung von Interkonnektoren nach Dänemark vorhanden.

Dieses Potential sieht auch die EU-Kommission in ihrer neuen Offshore-Strategie. Demnach will sich die EU das Ziel setzen, bis 2030 60 Gigawatt und bis 2050 300 Gigawatt an Offshore-Windenergie zu generieren. Die Ostsee, Nordsee, der Atlantik, das Mittelmeer und das Schwarze Meer haben demnach allesamt Potenzial für einen stärkeren Einsatz von Windturbinen. Die Strategie kommt auch zu einem Zeitpunkt, an dem die Kommission das EU-Ziel für erneuerbare Energien auf 38-40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs des Blocks anheben will – etwa das Doppelte des heutigen Anteils. Nur so könnten die aktualisierten Klimaziele 2030 erreicht werden.

Der gewünschte rasche Anstieg wird voraussichtlich etwa 800 Milliarden Euro an Gesamtinvestitionen erfordern, gleichzeitig aber auch 62.000 Arbeitsplätze in der Offshore-Windindustrie schaffen. Es wird erwartet, dass die Finanzierung über verschiedene Kanäle, einschließlich nationaler Pandemie-Recovery-Pläne, erfolgen soll.

Weitere Informationen: [EU-Offshore Strategie](#)

Link zum Positionspapier: [Positionspapier Offshore-Energie](#)

Green Deal: Kommission legt Strategie für erneuerbare Offshore-Energie vor

Mit Blick auf das EU-Ziel, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu werden, hat die Kommission am 19. November 2020 die EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie vorgestellt. Die Europäische Kommission schlägt darin vor, die Offshore-Windenergiekapazität Europas von derzeit 12 GW bis 2030 auf mindestens 60 GW und bis 2050 auf 300 GW auszubauen. Ergänzt werden soll dies bis 2050 durch 40 GW an Meeresenergie sowie durch erneuerbare Offshore-Energie aus anderen Quellen wie schwimmende Wind- und Solaranlagen. Bis 2050 werden dafür Investitionen von knapp 800 Mrd. Euro erforderlich sein.

Die steigende Gewinnung von Energie auf dem Meer soll im Einklang mit der Natur erfolgen. Grundlage für diese Ausbauziele ist das enorme Potenzial aller Meeresbecken in Europa und die weltweit führende Rolle europäischer Unternehmen in diesem Sektor. Die Strategie zeigt die Chance auf, die sich aus dem Ausbau der Offshore-Energie für Nordsee, Ostsee, Schwarzes Meer, Mittelmeer und Atlantik sowie für bestimmte Küsten- und Inselgemeinschaften eröffnen. Es profitieren zudem Binnenregionen, in denen Produktion und Forschung bereits jetzt zum Ausbau der Offshore-Energie beitragen.

Um den Ausbau der Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Offshore-Energie zu fördern, wird die Kommission für eine bessere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der langfristigen Planung und Nutzung werben. Hierzu müssen die Ziele für die Entwicklung erneuerbarer Offshore-Energie in die nationalen maritimen Raumordnungspläne aufgenommen werden, die die Küstenstaaten der Kommission bis März 2021 vorlegen müssen.

Die Kommission wird auf der Grundlage der überarbeiteten TEN-E-Verordnung auch einen Rahmen für die langfristige Offshore-Netzplanung vorschlagen, der die Regulierungsbehörden und die Mitgliedstaaten der einzelnen Meeresbecken einbezieht.

Die Kommission schätzt, dass bis 2050 Investitionen von knapp 800 Mrd. € erforderlich sein werden, um die von ihr vorgeschlagenen Ziele zu verwirklichen. Um diese Mittel zu mobilisieren, wird die Kommission

- einen **klaren und unterstützenden Rechtsrahmen** schaffen. Vor diesem Hintergrund präzisierte die Kommission heute auch die Vorschriften für den Strommarkt in einer begleitenden Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen und wird prüfen, ob noch weitere spezifische und gezielte Vorschriften erforderlich sind. Die Kommission wird sicherstellen, dass die **Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen in den Bereichen Energie und Umweltschutz und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie die kosteneffiziente Nutzung erneuerbarer Offshore-Energie erleichtert**.
- dabei helfen, **Mittel aus allen einschlägigen Fonds zu mobilisieren**, um die Entwicklung des Sektors zu unterstützen. Die Kommission ermuntert die Mitgliedstaaten zur **Inanspruchnahme der Aufbau- und Resilienzfazilität** sowie dazu, mit der Europäischen Investitionsbank und anderen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten, um Investitionen in Offshore-Energie über InvestEU zu unterstützen. Ferner werden Mittel aus dem Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ mobilisiert, um die Forschung und Entwicklung insbesondere in Bezug auf weniger ausgereifte Technologien zu fördern.
- für eine **stärkere Lieferkette** sorgen. In der Strategie wird hervorgehoben, dass Produktionskapazitäten und Hafeninfrastrukturen verbessert werden müssen und mehr angemessen ausgebildete Arbeitskräfte benötigt werden, um höheren Installationsraten gerecht zu werden. Die Kommission plant, im Rahmen des Industrieforums für saubere Energie eine gesonderte Plattform für erneuerbare Offshore-Energie zu gründen, um alle Akteure zusammenzubringen und die Entwicklung der Lieferkette anzugehen.

Um die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen erneuerbarer Offshore-Energie auf die Meeresumwelt und die davon abhängigen Wirtschaftstätigkeiten zu analysieren und zu überwachen, wird die Kommission regelmäßig eine Gemeinschaft von Experten öffentlicher Verwaltungen, Interessenträgern und Wissenschaftlern konsultieren. Die Kommission hat heute auch einen neuen Leitfaden zum Ausbau der Windenergie und den EU-Naturschutzvorschriften verabschiedet.

[Fragen und Antworten zur Strategie für erneuerbare Offshore-Energie](#)

[Strategie für erneuerbare Offshore-Energie](#) (deutsche Übersetzung folgt)

[Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Strategie für erneuerbare Offshore-Energie](#)

[Factsheet zur Strategie für erneuerbare Offshore-Energie](#)

Konsultation: Überarbeitung der ITS-Richtlinie

Bereits vor der Veröffentlichung der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität hat die Kommission eine vorbereitende Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr (engl. kurz ITS) und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern veröffentlicht (2010/40/EU). Ein neuer Vorschlag ist für das 3. Quartal 2021 angekündigt.

Die bisherige ITS-Richtlinie konzentriert sich überwiegend auf den Straßenverkehr. Um künftig nahtlose und vernetzte Mobilität in ganz Europa sicherzustellen, soll nun der Aspekt der Verknüpfung verschiedener Verkehrsmodi, eine verbesserte grenzüberschreitende Interoperabilität und der Aspekt des Datenaustausches in den Blick genommen werden. Entsprechend möchte die Kommission auch Anwendungen wie das integrierte Verkehrsmanagement oder Mobilitätsplattformen bzw. „Mobility as a Service“-Dienstleistungen in den Blick nehmen.

Neben allgemeinen Fragen für die interessierte Öffentlichkeit werden in einem zweiten Fachteil des Fragebogens sowohl eine Bewertung des Ist-Zustandes und bestehender Probleme als auch konkrete Ziele und daraus folgende Maßnahmen für die Neufassung abgefragt.

Die Konsultation läuft bis zum **2. Februar 2021**. Eine Beantwortung auf Deutsch ist möglich.

[Konsultation](#)

Konsultation zu Richtlinien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Die Kommission hat am 16. November 2020 einen weiteren Schritt zur Überarbeitung der Richtlinien über [Erneuerbare Energien](#) und die [Energieeffizienz](#) eingeleitet. Alle Interessierten sind eingeladen, im Rahmen einer breiten öffentlichen Konsultation während der kommenden 12 Wochen Stellung dazu zu nehmen, wie die beiden Rechtsakte dazu beitragen können, ein höheres EU-Klimaziel für 2030 von mindestens 55 Prozent weniger Treibhausgasemissionen zu erreichen.

Die Folgenabschätzung der Kommission zum Klimaziel für 2030 hat ergeben, dass der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen bis 2030 auf 38 bis 40 Prozent und dass das Energieeffizienz-Ziel auf etwa 36 bis 39 Prozent für den Endenergieverbrauch und 39 bis 41 Prozent für den Primärenergieverbrauch steigen sollten.

Link zu den Konsultationen: [Erneuerbare Energien](#) und [Energieeffizienz](#)

Kommission konsultiert Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen

Vor der geplanten Überarbeitung der EU-Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen bittet die Kommission die Öffentlichkeit um Kommentare. Die Leitlinien ermöglichen es den Mitgliedstaaten, Umweltschutz- und Energieprojekte unter bestimmten Bedingungen staatlich zu unterstützen. Sie stellen sicher, dass öffentliche Beihilfen zu gemeinsamen europäischen Zielen wie der Dekarbonisierung beitragen, ohne den Wettbewerb im Binnenmarkt zu verzerren.

Die kürzlich von der Kommission veröffentlichte Eignungsprüfung der Leitlinien hat ergeben, dass sie zwar Wirkung zeigen, jedoch weiter angepasst werden müssen, um neue Technologien und Unterstützungsformen sowie geänderte umwelt- und energiepolitische Vorschriften abzubilden. Interessierte Kreise können bis 7. Januar 2021 an der Konsultation teilnehmen.

[Konsultation](#)

Konferenz zu nachhaltiger und digitaler Binnenschifffahrt

Am 20. November 2020 fand eine Konferenz zur Zukunft der Binnenschifffahrt statt. Der heutige Anteil der Binnenwasserstraßen am Güterverkehr in der EU liegt bei knapp über 6 Prozent. Mit dem europäischen Grünen Deal sollen 75 Prozent des derzeit auf der Straße beförderten EU-Güterverkehrs auf Binnenschifffahrt und Schiene verlagert werden. Dafür brauche schiffbare Flüsse, aber auch die richtigen Verbindungen zwischen Binnenhäfen und Eisenbahnnetz und multimodalen Frachtterminals. Finanzmittel dafür solle es im nächsten Aktionsprogramm für den Sektor Naiades III (2021-2027) geben, das etwa im März-April nächsten Jahres vorgelegt werden soll.

Somit ist dies ein weiterer Versuch der Kommission, Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserwege zu verlagern. Die bisherigen Versuche sind allesamt wenig erfolgreich gewesen.

[Website zu Binnenschifffahrt der Kommission](#)

[Website zur Konferenz der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

Nutzung von Daten auf der Basis europäischer Werte

Datenaustausch in der EU soll in Zukunft einfacher werden. Dafür hat die Kommission am 25. November 2020 einen Vorschlag unterbreitet, mit dem in einem vertrauenswürdigen europäischen Rahmen das Potenzial der ständig wachsenden Datenbestände besser ausgeschöpft werden kann.

Eine Verordnung – der Data Governance Act - soll die Grundlage für eine neue europäische Art der Daten-Governance schaffen, die mit den Werten und Grundsätzen der EU, wie dem Schutz personenbezogener Daten (DSGVO), dem Verbraucherschutz und den Wettbewerbsvorschriften, im Einklang steht. Sie bietet eine Alternative zur Datenpraxis der großen Technologieplattformen, die sich mit ihren Geschäftsmodellen, die sich auf die Kontrolle großer Datenmengen stützen, eine große Marktmacht aneignen können.

Künftig sollen die europäischen Datenströme nicht vor allem über die großen US-Internetkonzerne wie Amazon, Google oder Facebook fließen, sondern über unabhängige Organisationen, die ihren Sitz in der EU haben. Dazu will die Kommission einen Rechtsrahmen schaffen, um Investitionen in die dazu notwendige Infrastruktur für Netze und Provider zu bündeln.

Der Data-Governance-Act soll sicherstellen, dass diese Organisationen dann quasi als Treuhänder auftreten, um Datenströme zu vermitteln, diese aber selbst nicht kommerziell zu nutzen.

Das ist der entscheidende Unterschied zur derzeitigen Situation. So soll verhindert werden, dass die großen amerikanischen Online-Konzerne ihre marktbeherrschende Stellung immer weiter ausbauen. Stattdessen könnten die wertvollen Daten besser auch für gemeinnützige Zwecke genutzt werden, wie etwa für das Gesundheitssystem.

Auch Forschung und Wissenschaft sollen aus Sicht der Kommission davon profitieren, wenn Datenströme künftig von unabhängigen Organisationen transportiert und gesammelt werden.

[Pressemitteilung](#)

[Fact Sheet](#)

Bewerbung für den Europäischen Jugendkarlspreis 2021

Der Wettbewerb richtet sich an junge Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten. Gegenstand des Wettbewerbs sind Projekte, die der europäischen und der internationalen Verständigung dienen, die die europäische Identität fördern und die jungen Menschen als Vorbild dienen und ihnen praktische Beispiele für das Zusammenleben der Europäer als Gemeinschaft aufzeigen.

Die Projekte können entweder von Einzelpersonen oder - vorzugsweise - von Gruppen eingereicht werden. Einreichfrist ist der 1. Februar 2021.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Tag der Lohngleichheit

Frauen in der EU verdienen im Durchschnitt 14,1 % weniger als Männer. Am 10. November 2020, der Europäische Tag der Lohngleichheit, markiert das Datum, ab dem Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen mit gleicher Arbeit rechnerisch für dieses Jahr nicht weiter bezahlt werden.

Insgesamt habe sich das durchschnittliche Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in den EU Staaten gemäß den Erhebungen von Eurostat für das Jahr 2018 zwar leicht verringert, nämlich von 14,5 % auf 14,1 %. Dennoch existiert insgesamt jedoch ein großer Unterschied zwischen den einzelnen EU-Ländern. Dieser reicht von lediglich 1,4 % in Luxemburg bis zu einem „Gender-Pay-Gap“ von 21,8 % in Estland. In Deutschland liegt der Wert bei 20,1 %.

[Pressemitteilung](#)

[Weitere Informationen zum geschlechtsspezifischen Lohnunterschied](#)

Kommission legt LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 vor

Die Kommission hat am 12. November 2020 erstmals eine Strategie zugunsten von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen bzw. Genderidentitäten (LGBTIQ-Personen) vorgelegt.

Die Strategie in der Form einer Mitteilung befasst sich mit den Ungleichheiten und Herausforderungen, mit denen LGBTIQ-Personen konfrontiert sind und enthält eine Reihe von Maßnahmen für den Zeitraum 2020-2025, wie z.B. zur Bekämpfung von Diskriminierung, Gewährleistung von Sicherheit sowie zum Aufbau inklusiver Gesellschaften.

Die Kommission will hierzu auch im Bereich Beschäftigung eine Bestandsaufnahme vornehmen und im kommenden Jahr zunächst einen Bericht über die Anwendung der aus dem Jahre 2000 stammenden Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf veröffentlichen.

[Pressemitteilung](#)

Parlamentarischer Nachmittag zur Geschlechtergleichstellung in Europa

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft haben am 19. November 2020 die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Europäischen Union gemeinsam mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags, des Europäischen Parlaments und der parlamentarischen Versammlung des Europarats diskutiert.

Dabei wurde insbesondere erörtert, wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die europäischen Institutionen während und nach der Pandemie den Schutz von Frauen vor Gewalt sicherstellen und wie sie die Gleichstellung der Geschlechter in der bezahlten Erwerbsarbeit und in der unbezahlten Sorgearbeit voranbringen können.

[Pressemitteilung](#)

Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter

Am 25. November 2020 hat die Kommission ihre Pläne zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung der Rolle der Frau im gesamten auswärtigen Handeln der EU vorgelegt. Trotz einiger Fortschritte ist derzeit kein Land auf dem richtigen Weg, um bis 2030 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen zu erreichen.

Mit dem Aktionsplan für den Zeitraum 2021-2025 (GAP III) wird ein politischer Rahmen mit fünf Handlungsschwerpunkten für raschere Fortschritte bei der Erfüllung internationaler Verpflichtungen geschaffen.

Dieser legt die Gleichstellung der Geschlechter als eine Priorität aller außenpolitischen Strategien und Maßnahmen fest; gibt einen Fahrplan für die Zusammenarbeit mit Interessenträgern auf nationaler, regionaler und multilateraler Ebene vor; intensiviert die Maßnahmen in strategischen Themenbereichen; fordert die Organe auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, und soll die Transparenz der Ergebnisse sicherstellen.

[Pressemitteilung](#)

Kommissarin wirbt für Sport-Förderinstrumente

Am 17. November 2020 lud die auch für den Sport zuständige EU-Kommissarin Mariya Gabriel zu einer Konferenz, um die Auswirkungen von Covid-19 auf den Sportsektor und die Maßnahmen zum Wiederaufbau zu erörtern. Die Grundsatzrede hielt Thomas Bach, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees.

Eine seiner Botschaften war, dass die Werte des Sports mehr denn je benötigt werden, um eine menschenzentrierte und integrative Gesellschaft zu fördern. Das europäische Sportmodell sei in dieser Hinsicht einzigartig, weil es Werte und Solidarität fördere - als solches müsse es erhalten und gestärkt werden.

Gabriel ging in ihrer Rede auf die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Sportsektor ein, die verheerend seien: der Anteil des Bruttoinlandproduktes im Sportdienstleistungssektor sei 2020 in fast allen EU-Mitgliedstaaten um mindestens 10 % gesunken. Insbesondere Einnahmeverluste aus Mitgliedsbeiträgen, Lizenzen, Teilnahme, Ticketing, Sponsoring und Abonnements seien ein großes Problem.

Mit verschiedenen Instrumenten könnten diese Verluste allerdings etwas abgefedert werden: Die Förderprogramme Coronavirus Response Investment Initiative (CRII) und Coronavirus Response Investment Initiative Plus (CRII+) und SURE in Verbindung mit staatlichen Beihilfen sollten von allen Betroffenen genutzt werden.

[Veranstaltungsseite der Kommission](#)

3. Bericht zu Desinformation über COVID-19

Am 6. November 2020 legte die Kommission ihren dritten Bericht zu Desinformation über COVID-19 vor. Darin informieren die großen Internetplattformen, wie Facebook, Google, Microsoft, Twitter und TikTok, über ihre Maßnahmen gegen Desinformation in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Viele Menschen beziehen ihre Informationen über diese Plattformen. So wurden Gesundheitsinhalte von europäischen Regierungen und Behörden, die durch die Anzeigenzuschüsse von Google unterstützt wurden, ab September 2020 46 Millionen Mal angeklickt.

Die Kommission begrüßte die Informationen der Plattformen, verlangt aber in der Zukunft noch mehr Transparenz. Sie plant bis Ende des Jahres zwei sich ergänzende Initiativen vorzulegen: einen Europäischen Aktionsplan für Demokratie und ein Gesetzespaket für digitale Dienste.

[Pressemitteilung](#)

Agenda für den ländlichen Raum nach der COVID-Krise

Die Bedürfnisse ländlicher Gebiete in der Zeit nach 2020 waren das Thema einer Konferenz am 27. November 2020 in Brüssel. Die Konferenz wurde vom Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) und der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete und intelligente Dörfer h mit Unterstützung der internationalen Vereinigung Ländlicher Raum-Umwelt-Entwicklung (R.E.D.) und Euromontana organisiert.

Zunächst erläuterte **Dubravka Šuica**, Vizepräsidentin der Kommission mit Zuständigkeit für Demokratie und Demografie, das Konzept einer langfristigen Vision für ländliche Gebiete.

Dann betonte **Franc Bogovič**, Mitglied des Europäischen Parlaments und einer der Vorsitzenden der interfraktionellen Arbeitsgruppe [RUMRA und intelligente Dörfer](#) im Europäischen Parlament: „Kommissionsvizepräsidentin Šuica und ich sind überzeugt, dass die Wiederbelebung und Entwicklung des ländlichen Europas eine übergreifende Aufgabe ist, die mit einer koordinierten und intelligenten Strategie angegangen werden muss, die viele Aspekte gleichzeitig berücksichtigt. Landwirtschaft, Zusammenhalt, Konnektivität, umweltfreundliche Energie, Mobilität, Bildung, Dienstleistungen, digitale Plattformen und Gesundheitsversorgung sind in diesem Zusammenhang gleichermaßen wichtig und müssen in abgestimmter Weise entwickelt werden“

Gérard Peltre, Vorsitzender von R.E.D. und der Europäischen Bewegung für den ländlichen Raum, fügte hinzu: „Der ländliche Raum umfasst die verschiedensten resilienten ländlichen Gebiete, in denen lokale Akteure zusammenarbeiten, um die Herausforderungen einer sich verändernden Welt gemeinsam zu bewältigen.“

R.E.D. fordert die Kommission deshalb auf, eine EU-Agenda für den ländlichen Raum mit ehrgeizigen und konkreten politischen Zielen aufzulegen, die die innovative Dynamik der ländlichen Gebiete stärkt, für eine intelligente interregionale Zusammenarbeit sorgt und die Bürgerinnen und Bürger motiviert, sich für lokale Entwicklungsstrategien zu engagieren.“

[Pressemitteilung](#)

[EU-Strategie für den ländlichen Raum](#)

[Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der Covid-19 Krise](#)

Weitere AdR-Nachrichten:

<https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/blickpunkt-europa-und-internationales>

Themenblätter zur Ostseekooperation

Der Ostseeraum ist zentraler Bezugspunkt der internationalen Aktivitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ziel der Ostseekooperation ist es, als Bindeglied zwischen Ost und West sowie als Tor zum Norden einen Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes und des Ostseeraums zu leisten. Durch die Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten mit anderen Ostseeanrainerstaaten soll die Ostseeregion politisch, wirtschaftlich und kulturell gestärkt werden.

In Themenblättern, die sich an den [Schwerpunkten der Ostseezusammenarbeit](#) orientieren, werden die vielfältigen positiven Einflüsse der Ostseekooperation für das Land anschaulich und eingängig dargestellt. Die Themenblätter ordnen sich dem allgemeinen Faltblatt „[Kooperationen für eine erfolgreiche Zukunft](#)“ unter und dienen insofern einer inhaltlichen Konkretisierung und Vertiefung.

Sowohl das allgemeine Faltblatt als die aktuellen Themenblätter zu den Bereichen „Energie“ und „Umwelt“ sind [hier](#) zum Download bereitgestellt.

13. Laufende Konsultationen

Bank- und Finanzdienstleistungen	
22. Oktober 2020 – 29. Januar 2021	Finanzdienstleistungen – Überprüfung der EU-Vorschriften für Verwalter alternativer Investmentfonds
19. Oktober 2020 – 19. Januar 2021	Langfristige Investmentfonds – Überprüfung der EU-Vorschriften
Binnenmarkt	
17 November 2020 - 23 Februar 2021	Fisch & Meereserzeugnisse – Überprüfung der Vermarktungsnormen
10 November 2020 - 02 Februar 2021	Road circulation requirements for mobile machinery
9. Oktober 2020 – 29. Januar 2021	Elektromagnetische Verträglichkeit – Evaluierung der EU-Vorschriften
4. September 2020 – 25. Dezember 2020	Bauprodukte – Überarbeitung der EU-Vorschriften
Energie	
17 November 2020 – 9. Februar 2021	EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) – Bewertung und Überprüfung
17 November 2020 – 9. Februar 2021	EU-Vorschriften für erneuerbare Energien – Überprüfung
Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz	
21. Oktober 2020 – 13. Januar 2021	Das Europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe (2014-20) – Bewertung
Justiz und Grundrechte	
26. Oktober 2020 – 8. Februar 2021	Nachhaltige Unternehmensführung
1. September 2020 – 8. Dezember 2020	EU-Strategie für die Rechte des Kindes (2021-2024)
Klimaschutz	
13 November 2020 – 5. Februar 2021	CO2-Emissionen aus Pkw und Kleintransportern – Änderung der Normen
13 November 2020 – 5. Februar 2021	Klimawandel – Aktualisierung des EU-Emissionshandelssystems (EHS)
13 November 2020 – 5. Februar 2021	Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft – Überprüfung der EU-Vorschriften
13 November 2020 – 5. Februar 2021	Nationale Zielvorgaben für die Emissionssenkung (Lastenteilungsverordnung) – Änderung auf der Grundlage des Klimazielplans 2030
1. Oktober 2020 - 14 Januar 2021	EU-Emissionshandelssystem – aktualisierte Vorschriften für den Luftverkehr
15 September 2020 – 29. Dezember 2020	Fluorierte Treibhausgase – Überprüfung der EU-Vorschriften (2015-20)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	
10 November 2020 – 2. Februar 2021	EU farm policy — evaluation of its impact on knowledge exchange and advisory activities
7. September 2020 – 30. November 2020	Ländliche Entwicklung – eine langfristige Vision für ländliche Gebiete
7. September 2020 – 30. November 2020	EU-Agrarpolitik – Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft in ländlichen Gebieten
4. September 2020 – 27. November 2020	Ökologischer Landbau – Aktionsplan für die Entwicklung der ökologischen/biologischen Produktion in der EU
Maritime Angelegenheiten und Fischerei	
27 November 2020 - 19 Februar 2021	Meeresbeobachtung – gemeinsame Verantwortung
17 November 2020 - 23 Februar 2021	Fisch & Meerereszeugnisse – Überprüfung der Vermarktungsnormen
27 August 2020 - 10 Dezember 2020	Meeresenergie – Bewertung der EU-Politik zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen
Umwelt	
20. November 2020 – 5. März 2021	Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft – Bewertung
11. November 2020 – 10. Februar 2021	EU Action Plan Towards a Zero Pollution Ambition for air, water and soil
30. September 2020 – 6. Januar 2021	Verringerung von Verpackungsabfällen – Überprüfung der Vorschriften
3. September 2020 – 10. Dezember 2020	Entwaldung und Zerstörung von Wäldern – Verringerung der Auswirkungen von in der EU verkauften Erzeugnissen
27. August 2020 – 3. Dezember 2020	Umweltleistung von Produkten & Unternehmen – Nachweise
Unternehmen und Industrie	
4. September 2020 - 25 Dezember 2020	Bauprodukte – Überarbeitung der EU-Vorschriften
Verkehr	
03 November 2020 - 02 Februar 2021	Intelligente Verkehrssysteme (Überprüfung der EU-Vorschriften)
28 Oktober 2020 - 20 Januar 2021	Führerscheinbestimmungen – Bewertung
Wettbewerb	
12. November 2020 – 7. Januar 2021	Staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen – Überarbeitung
12. Oktober 2020 – 25. Januar 2021	EU automotive sector – exemption from antitrust rules (review)
8. September 2020 – 5. Januar 2021	Breitbandnetzausbau – Evaluierung der EU-Beihilfavorschriften
Wirtschaft, Finanzen und der Euro	
28. September 2020 – 11. Januar 2021	Einheitliche Rundungsregeln für Barzahlungen in Euro – Bewertung

14. Termine

Europäische Kommission

Veranstaltungsübersicht: https://ec.europa.eu/info/events_de

30. November - 01. Dezember 2020	#H2020RTR20 European Conference
30. November 2020	Online brokerage event "Environment and energy: exploring synergies between GREEN DEAL and LIFE"
1. Dezember 2020	European AI Policy Conference
1. Dezember 2020	Citizens' Dialogue online with Pavlína Žáková, Economic Counsellor, European Commission's Representation in the Czechia
2. Dezember – 3. Dezember 2020	Global Nuclear Physics Innovation (digital edition) Brokerage event
2. Dezember 2020	Citizens' Dialogue online with Pavlína Žáková, Economic Counsellor, European Commission's Representation in the Czechia
3. Dezember – 4. Dezember 2020	All-Atlantic Ocean Research Forum
3. Dezember – 4. Dezember 2020	Closer than ever: Interpreting in the time of a pandemic
3. Dezember 2020	eTranslation: Supporting tourism services in Greece and Cyprus
4. Dezember 2020	Citizens' Dialogue online in Lithuania with Commissioner Virginijus Sinkevičius
7. Dezember – 8. Dezember 2020	Meeting of the European Electricity Regulatory Forum
7. Dezember – 9. Dezember 2020	Turkey: National rural development networking meeting and showcase of best IPARD projects co-financed from the EU
16. Dezember – 17. Dezember 2020	The 2020 EU Agricultural Outlook conference

Rat der Europäischen Union

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des Rates](#)

30. November 2020	Videokonferenz der Euro-Gruppe
	Videokonferenz der Mitglieder des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU-Kosovo*
1. Dezember 2020	Videokonferenz der Außenministerinnen und -minister EU-ASEAN
8. Dezember 2020	Assoziationsrat EU-Ukraine
10. Dezember - 11. Dezember 2020	Europäischer Rat, 10./11. Dezember 2020

Europäisches Parlament

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des EP](#)

27. November 2020	Eine europäische ländliche Agenda, die nach der COVID-19-Krise dringend für ländliche Gebiete benötigt wird
27. November – 3. Dezember 2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
7. Dezember 2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
10. Dezember 2020	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
14. Dezember - 17. Dezember 2020	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Ausschuss der Regionen

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des AdR](#)

27. November 2020	Eine europäische ländliche Agenda, die nach der COVID-19-Krise dringend für ländliche Gebiete benötigt wird
8. Dezember – 10. Dezember 2020	141. Plenartagung des AdR
7. Dezember – 8. Dezember 2020	EuroPCom 2020

Ostseekooperation

Veranstaltungsübersicht: <https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/>

30. November 2020	Baltic Sea Youth Dialogue 2020 : Einsendeschluss für den Kreativwettbewerb für eine nachhaltige Zukunft der Ostseeregion
1. Dezember 2020	Virtueller Workshop "Motorways of the Sea in the Baltic Sea"
3. Dezember 2020	Landstromversorgung, Grüner Schiffsverkehr und Tourismus – Online-Konferenz des Ostseerates
16. Dezember 2020	INTERREG-Programm Südliche Ostsee

Ansprechpartner	Themenbereiche
<p>Dr. Lars Friedrichsen Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu</p>	<p><i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i></p>
<p>Dr. Merten Barnert Stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu</p>	<p><i>Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i></p>
<p>Dr. Sylvia Völzer Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: sylvia.voelzer@mv-office.eu</p>	<p><i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i></p>
<p>Beatrix Bönisch Referentin Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: beatrix.boenisch@mv-office.eu</p>	<p><i>Wirtschaft, Arbeit, Tourismus, Gesundheit</i></p>
<p>Julia Stark Referentin Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: julia.stark@mv-office.eu</p>	<p><i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i></p>
<p>Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu</p>	<p><i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i></p>
<p>Petra Götz Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu</p>	<p><i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i></p>
<p>Alexander Mannewitz Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu</p>	<p><i>Administration, IT-Technik, Internet, Veranstaltungen</i></p>